

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,88 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 8 Mk. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Berlin- u. Verlagsanzeigen 8 Pf. Mehrpreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestunde in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Gintzhaus). Fernsprecher 439 02. **Vertrieb:** der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsanstalt:** Breslau. — **Postlag:** Schlesische Verlagsanstalt m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Zehn Jahre Zuchthaus

Terrorurteil des Waldenburger Sondergerichts gegen unseren Genossen Seidel — Entfacht in allen schlesischen und oberschlesischen Betrieben und Stempelstellen den Massenprotest gegen dieses Schandurteil — Fordert die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Nur durch die Einheitsfrontaktion werden die Sondergerichte fallen!

Waldenburg, 13. Dezember. Das Waldenburger Sondergericht verurteilte gestern den Genossen Seidel aus Weichseln zu zehn Jahren Zuchthaus. Die Anklage lautete auf Zusammenrottung und Aufruhr. Der Anklage lag zugrunde eine Auseinandersetzung anlässlich der Ermittlung des Neubaumiervereins-Vorsitzenden Knoblich am 18. Oktober 1932 mit einem Polizeibeamten.

Unser Genosse Seidel soll auf Grund dieses Terrorurteils auf zehn Jahre ins Zuchthaus. Unser Genosse Seidel hat nur seine proletarische Pflicht getan; er kämpfte wie zehntausend andere Antifaschisten gegen Ermittlungen. Während die Sondergerichtsjustiz gegen Antifaschisten weiter wütet, glaubt die sozialdemokratische „Volkswacht“ einen Gruß an die „Amnestierten“ entbieten zu müssen. Von den 9000 proletarischen politischen Gefangenen ist auf Grund der beschlossenen Amnestie noch kein Arbeiter aus dem Zuchthaus oder Gefängnis entlassen worden. Man sperrt vielmehr neue proletarische Kämpfer auf viele Jahre ins Zuchthaus. Wir erinnern daran, daß es im Juni dieses Jahres gerade die „Volkswacht“ war, die die Einführung der Sondergerichte begrüßt hatte, und heute heuchelt dieses sozialdemokratische Blatt Solidarität mit den hinter Herkermauern schmachenden Klassengenossen.

Auf Grund der angenommenen Amnestie soll nur ein Teil der proletarischen politischen Gefangenen freigelassen werden. Es besteht die Gefahr, daß durch die zahlreichen Ausnahmen und Einschränkungen in diesem Gesetz Tausende von proletarisch-politischen Gefangenen weiter in den Zuchthäusern und Gefängnissen der kapitalistischen Republik zurückgehalten und durch den barbarischen Strafvollzug gemartert werden. Durch das Amnestiegesetz wird die entsetzliche Terror-Notverordnung vom 9. August nicht aufgehoben.

Das Terrorurteil gegen unseren Genossen Seidel muß dem außerparlamentarischen Massenkampf in den Betrieben und an den Stempelstellen einen neuen Antrieb geben. In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle müssen die Proletarier in Schlesien und Ober-

Schlesien gegen dieses Schandurteil des Waldenburger Sondergerichts protestieren und die sofortige Freilassung des Genossen Seidel und aller übrigen proletarischen-politischen Gefangenen fordern. Kämpft weiter gegen dieses System der Sondergerichtsjustiz. Nur durch die Einheitsfrontaktion der Tat werden die Sondergerichte fallen! Nur durch die Einheitsfrontaktion der Tat wird die Bourgeoisie gezwungen, unsere Klassenbrüder freizulassen!

Heraus zum Massenprotest gegen die Sondergerichtsjustiz!

Hungerstreik in Breslaus Straßen

Am silbernen Sonntag, der dieses Jahr härter denn je im Zeichen der überfüllten Warenlager einerseits und der hungernden Massen andererseits stand, kam es an einigen Punkten der Innenstadt, so unter anderem an der Ohlawer Straße, Ede Schußbrücke, am Blücherplatz, auf der Neuschkestraße, am Königsplatz, auf der Schweidnitzer Straße, Gartenstraße, Leichstraße zu Kundgebungen der Jungerwerbslosen.

Sie demonstrieren gegen die faschistische Schleicher-Regierung, gegen Sondergerichte und insbesondere gegen das Todesurteil an dem Genossen Baril, und stellen in den Vordergrund ihrer Kundgebung die Losung:

Deffnet die Speicher für die Hungernden! Kämpft mit uns zur Rettung vor Hunger und Frost!

Der KPD. muß zum Massentampforband der Arbeiterjugend werden

Von August Sandtner

In Verbindung mit der großer werdenden Kriegsgefahr, dem raschen Wachstum der inneren und äußeren Gegensätze verläßt die Bourgeoisie den Kampf um die Arbeiterjugend. Neben der Methode des Zudeckens wendet sie mehr die Methode der Peitsche — Gestalt des Hungers, der politischen Entrechtung und Unterdrückung an. In Zwangsarbeiterlagern, durch Reichsarbeiter- und andere Formen werden die Hunderttausende von Jungarbeitern faschisiert und militarisiert. Das verstärkte Ringen der Bourgeoisie ist für uns nicht nur vom Standpunkt des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, sondern vom Standpunkt aller Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Verelendungsbestrebungen der Bourgeoisie, vom Standpunkt der heranwachsenden großen Klassenkämpfe von entscheidender Bedeutung.

Die Partei muß deshalb dieser Frage größere Aufmerksamkeit schenken und die Lösung dieser Frage zugunsten des Proletariats entscheiden. Um dieses zu können, muß die Partei in bolschewistischer Selbstkritik alle ihre Schwächen und Mängel aufzeigen, um dem Jugendverband bei der Lösung seiner Aufgabe „Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterjugend“ behilflich zu sein.

Wir haben besonders seit dem Februar-Plenum in der Partei eine Wendung in unserer Massenarbeit durchgeföhrt. Wir verstanden jedoch nicht, bei diesem Umschwung in unserer Arbeit den Jugendverband mitzureißen und ihn zu einem Führer der werktätigen Jugend zu gestalten. Bei allen Kämpfen standen die Jungarbeiter in vorderer Kampfesfront, stellen die aktivsten Elemente und kämpften unter Führung der kommunistischen Partei. Der KPD. trat bei diesen Kämpfen nicht in dem Maße in Erscheinung, wie es der Radikalisierung der Jugend und der Situation entsprach. Der Jugendverband bleibt ernsthaft hinter der Entwicklung der Partei zurück.

In den Lagern des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ befanden sich Mitte Oktober in 233 Lagern 8100 Jungarbeiter und -arbeiterinnen. In diesen dieser Lager munterten die Jugendlichen gegen die schlechte Verpflegung und insbesondere gegen die Militarisierung. Die meisten der Kämpfe verliefen ohne Teilnahme des Jugendverbandes, außer einigen, wo einzelne Jungkommunisten, die sich selbst im Lager befanden, den Kampf von innen organisierten und durch den Kampf die Auflösung der Lager herbeiführten. Im KPD. ist immer noch nicht genügende Klarheit über die Bedeutung der Arbeitsdienstpflicht, insbesondere vom Gesichtspunkt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der deutschen Bourgeoisie. In zahlreichen Lagern werden die jugendlichen Arbeiter nicht nur mit Marsch- und Ordnungsbefehlen ausgeübt, sondern bekommen Unterricht im Handgranatenwerfen und Kleinkaliberschießen. Ganz offen sprechen die Leiter der Arbeitslager davon, daß diese Ordnungsbefehle usw. dazu dienen sollen, den deutschen Imperialismus zur Macht und Geltung zu bringen.

Im KPD. zeigen sich auch antisektiererische Einstellungen gegenüber der Arbeit unter den Arbeitsdienstpflichtigen, indem einige Organisationsseinheiten der Entsendung von Jugendgenossen zur Organisierung des Kampfes in den Lagern Widerstand entgegensetzten und erst nach längerer Diskussion ihre Meinung änderten. Der Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht beginnt nicht bereits an den Stempelstellen, wird nicht verbunden mit dem Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der erwerbslosen Jugend, sondern setzt erst in den bereits errichteten Lagern ein. Aufgabe der Partei muß sein, mit dem Jugendverband eine Wendung in der Bearbeitung der Arbeitsdienstpflichtlager und der Propaganda gegen den „freiwilligen Arbeitsdienst“ überhaupt herbeizuföhren.

Eine der wesentlichsten Fragen unseres Zurückbleibens ist die Abgeschlossenheit des Verbandes von den Jungarbeitern in den Betrieben. Das 11. Ekki-Plenum stellte der Partei und dem Jugendverband die Aufgabe, bei jeder Parteizelle eine Jugendzelle zu schaffen. Die Partei und der Jugendverband haben diese wichtige Aufgabe nicht erfüllt. Im Bezirk zählt der KPD. 8 Betriebszellen, die aber keineswegs ein eigenes Leben führen, bestenfalls als Anlässe für eine Betriebszelle angesprochen werden können. Auf Grund der Abgeschlossenheit des Verbandes von den jungen Arbeitern in den Betrieben kennen unsere Funktionäre die Stimmung der Jungarbeiter nicht und sehen nicht die großen Möglichkeiten, welche sich für eine wirklich gute Mobilisierung der jungen Arbeiter zur Verteidigung der kleinste Interessen bieten. Die KPD.-Jugend spielt fast gar keine Rolle. Es gibt nur einige Betriebe, wo eine KPD.-Jugend besteht. Im Jugendverband tauchen heute noch Stimmungen auf, die in der KPD.-Jugend nicht ein Hilfs- und Massenorgan für den Jugendverband

Warm — Winterhilfe in Gefahr!

KPD.-Antrag mit den Stimmen der Nazis bei Stimmenthaltung der SPD. abgelehnt
Regierung will auch den zu nichts verpflichtenden Entschließungsantrag durchführen
Steigert die Einheitsfrontaktion der Tat zur Rettung vor Hunger und Frost!

Berlin, 13. Dezember. (Eig. Drahtber.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern mit den Stimmen der Nazis und bei Stimmenthaltung der SPD. der kommunistische Antrag auf eine Winterhilfe von 50 Mark für die Erwerbslosen zusätzlich 15 Mark für jeden Zuschlagsangehörigen, ferner die laufende Gewährung von Lebensmittelbeihilfe und Heizungsmaterial abgelehnt. Angenommen wurde nur der zu nichts verpflichtende Antrag, der schon im Sozialpolitischen Ausschuß beschloffen wurde. Dieser Antrag wurde lediglich erweitert durch folgenden Satz:

„In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterhaltungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 Kilogramm Brot wöchentlich, 2 Zentner Kohle, 1/2 Kilogramm Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher und bei ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.“ Dieser Antrag wurde von den Kommunisten dahingehend erweitert, daß diese Lieferungen an alle Hilfsbedürftigen, also auch an die Angehörigen usw. erfolgen sollen.

Der Finanzminister der Schleicher-Regierung erklärt, daß der Antrag nicht durchgeführt werden könne, da keine Gelder da seien.

In dieser Stunde liegt gerade die Berechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Monat Oktober vor. In diesem Monat wurde ein Ueberschuß von 46,8 Millionen erzielt. Im Zeitraum vom April bis Oktober ergibt sich damit ein Ueberschuß von 11,6 Millionen Mark. Über diese Ueberschüsse will man nicht für die Winterhilfe verwenden, sondern für den Arbeitsdienst und andere sozialdemokratische Zwecke. Auch weigert sich die Schleicher-Regierung, den Beträgen militärischen und politischen Charakter einzuräumen. Da, die Kohlenbarone und Großagrarien wollen aus der Winterhilfe noch ein großes Geschäft machen, sie bieten Kohlen und Getreide zu verbilligten Preisen an. Die deutschnationalen Abgeordneten stellen dabei die Unverschämtheit, im Haushaltsausschuß zu fordern, daß die Bergarbeiter dafür unerschöpfliche Schichten leisten sollen.

Sagt es allen Nazianhängern

Unter den Erwerbslosen, daß die Vertreter der Nazi-Partei gegen den kommunistischen Antrag auf eine einmalige Geldbeihilfe in Höhe von 50 Mark sowie 15 Mark Zuschlag für jeden unterhaltungsber-

tigten Angehörigen, ferner auf laufende Lieferung von Naturalien, wie Brot, Kartoffeln und Kohle, stimmten.

Sagt es allen SPD.-Arbeitern,

daß sich die SPD.-Führer bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthielten, also dazu beitrugen, daß er abgelehnt wurde.

Die „Schlesische Zeitung“ von heute morgen befaßt sich mit der gestern abgehaltenen Haushaltsausschußsitzung des Reichstages und der dort angenommenen Entschlieung. Dieses Kapitalistenblatt schreibt, daß auch die laut der angenommenen Entschlieung vorgesehenen Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, da ihre Durchführung etwa 400 bis 500 Millionen Mark kosten würde. Die Regierung sei auch an die Beschlüsse des Ausschusses nicht gebunden, da diesen die erforderlichen Deckungsvorschläge fehlen. Weiter schreibt das Blatt, daß die praktischen Regierungsmagnahmen weit hinter dieser Entschlieung zurückbleiben müssen.

Diese Meldung der „Schlesischen Zeitung“ muß auf die Millionen Hungernden wie ein Warnruf wirken. Die Behauptung, daß keine Deckungsvorschläge vorliegen, ist eine Lüge, weil die Kommunisten die Forderung erhoben hatten, die Mehrkosten aus dem Wehretat zu nehmen. Wegen diese Forderung hatte sich der Reichsfinanzminister, wie nicht anders zu erwarten war, gewandt. Durch die Ablehnung des kommunistischen Antrages mit den Stimmen der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten ist erneut bewiesen worden, daß diese Parteien lieber die erwerbslosen Männer, Frauen und Kinder verhungern und erfrieren lassen, als daß sie Mittel aus dem Reichswehretat nehmen.

Darum ist es notwendig, in ganz Deutschland den Millionentruf nach der Winterhilfe, nach Brot, Kartoffeln, Kohlen zu verstärken. Betriebsbelegungen, erhebt eure Stimme! Mittelständler, Klein-gewerbetreibende, Kleinhandwerker, unterstützt diesen Kampf um die Winterhilfe! Die Not der Arbeitslosen steigt. Es darf nicht sein, daß wichtige Lebensmittel und Kohlenvorräte unverkäuflich und unverwendet daliegen, während die Arbeitslosen hungern und frieren! Helft alle mit, die Arbeitslosenforderungen durchzuführen! Her mit der Winterhilfe, her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

zur Mobilisierung der jungen Arbeiter sehen, sondern die A.O.D. Jugend als vorkommunikation betrachten. Es gibt keinen Betrieb, wo wir durch revolutionäre Jugendvertreter mit den jungen Arbeitern bis in die einzelnen Abteilungen verbunden wären. Wenn es dem A.O.D. gelang, in einzelnen Abteilungen und Betrieben Kämpfe und Streiks zu organisieren, so spricht das nur von der großen Kampfbereitschaft, welche heute die Jungarbeiter befeuert.

Wie in der Partei der innergemeinschaftlichen Arbeit bisher nur ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, sehen wir im Jugendverband gleichfalls eine völlige Abgeschlossenheit von den jungen Arbeitern in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften, obwohl diese sehr große Teile von Jungarbeitern erfassen. In Breslau zählt die D.M.V.-Jugend annähernd 800 Mitglieder, die J.M. Jugend 500 und die Baugewerksbund-Jugend 300 Mitglieder. Das ist die Zahl der Mitglieder in Waldenburg und in anderen Städten des Bezirks. In all diesen Jugendsektionen gibt es keine Jugendfraktionen, die den Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluss auf die Arbeiterjugend führen. Diese Abgeschlossenheit von den jungen Arbeitern in den reformistischen Jugendsektionen und die Passivität unserer Genossen, welche Mitglieder dieser Jugendsektionen sind, liegt in der Unterschätzung und Verleumdung des Einflusses der S.P.D. auf die Jugend, die insbesondere im A.O.D. von der Kutsch-Gruppe vertreten wurde.

Unter Ausnutzung der demagogischen Phrasen vom Kampf gegen Versailles, die Verführung, die nationale Befreiung und den Sozialismus herbeizuführen, gelang es der Hitlerjugend und der S.A., Teile von Jungarbeitern zu erfassen. Dies trifft besonders auf die Landarbeiterjugend zu, wo die Hitlerjugend größere Teile von Jungarbeitern erfasst hat. Der A.O.D. hat in einigen Orten mit einer ideologischen Offensive gegen die NSDAP und die Hitlerjugend erfolgreich begonnen. In einigen Fällen gelang es, Mitglieder der Hitlerjugend für den A.O.D. zu gewinnen. Trotzdem einige gute Ansätze für diese Arbeit vorliegen, ist diese Arbeit vollkommen ungenügend und entspricht keineswegs den Möglichkeiten, welche sich für eine Tätigkeit innerhalb der Hitlerjugend bieten. Auf den 107 Gütehöfen in Schlesien haben wir nur eine A.O.D.-Zelle, die aber, wie unsere Betriebszellen, kein selbständiges Eigenleben führt.

Die Partei konnte ihre wesentlichen Erfolge nach dem Februar-Plenum mit der erfolgreich geführten ideologischen Durchbruchschlacht erringen. Diese ideologische Offensive stärkte das Bewusstsein der Parteigenossen und schaffte Klarheit über die wichtigsten Probleme unserer Massenarbeit. Wir haben als Partei es nicht verstanden, den Jugendverband in diese ideologische Offensive einzubeziehen.

In den unteren Organisationseinheiten bis in die Unterbezirksleitungen hinein sind verschiedene Probleme unserer Massenarbeit und revolutionären Politik nicht klar. Diese Unklarheiten zeigten sich in der Praxis als große Schwierigkeiten in der Entfaltung der Arbeit zur Organisierung der Kämpfe.

Eine sehr ernste Frage, die der Parteitag behandelt hat, ist die Frage des Wachstums der A.O.D.-Organisation. Das 11. Effi-Plenum stellte der Partei und dem Jugendverband die Aufgabe, den Jugendverband zu einer numerisch größeren Organisation als die Partei umzugestalten. Diese Aufgabe ist nicht erfüllt worden. Die Partei hat dem Jugendverband fast keine Bedeutung beigegeben. In der Entwicklung des Jugendverbandes zeigt sich im Bezirksmaßstab ein Stillstand und in einigen Teilen sogar ein Rückgang. Die Ursachen liegen im wesentlichen in der Abgeschlossenheit des Jugendverbandes vom Leben der jungen Arbeiter und der ungenügenden Teilnahme der Organisationseinheiten an den wirtschaftlichen Kämpfen, im Vergleich mit der innergemeinschaftlichen Arbeit und den anderen in vorerwähnten Abschnitten genannten Schwächen, Mängeln und Fehlern.

Mit der Ernennung Schleichers zum Reichsminister wird der Feldzug auf die Lebenslage der Arbeiterjugend verhängt durchgeführt werden.

Man wird im Interesse der Kampfbereitschaft der deutschen Bauernschaft der Militarisierung der Arbeiterjugend besondere Aufmerksamkeit schenken, den Arbeitsdienst zu diesem Zweck weiter ausbauen, die Arbeiten des Reichsjugendkuratoriums beschleunigen und die Militarisierung der Jugend auf eine höhere Stufe stellen. Weitere Verleumdungen, noch mehr Terror wird die wertvolle Jugend zerschlagen. Die politische Anbahnung der Jugend wird durch neue Erlassungen, die der Jugend die Teilnahme am politischen Leben verbieten, höhere Normen annehmen. Gegen die verhängte Verleumdung, Militarisierung, Terror und politische Anbahnung gilt es die wertvolle Jugend zu mobilisieren und die Jugend in den Betrieben vom Kampf um die kleinsten Forderungen bis zur Durchföhrung des politischen Kampfes zu führen. Die Partei muss dem Jugendverband bei der Kampagne gegen Hunger und Tod, in Anbetracht der besonders starken Verleumdung der revolutionären Jugend, eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen und ihm bei der Durchführung von Kampfsaktionen helfen.

Die Wienzentrale des Komm. Jugendverbandes, das Z.N. der Partei und die A.O.D. stellt unserem Jugendverband als die wichtigste Aufgabe, das Zurückbleiben des Verbandes hinter der Entwicklung der Partei zu überwinden. Die Überwindung dieses Zurückbleibens kann nur auf der Grundlage der Durchführung der politischen Linie der Partei vor sich gehen. Die erste Aufgabe in dieser Hinsicht ist die Durchbrechung der isolierten Abgeschlossenheit des Verbandes von den Jungarbeitern in den Betrieben, den Jugendsektionen, Arbeitsdienstlagern und der Landarbeiterjugend, das heißt:

Stürmischer Massenprotest gegen die Auflösung des Ruhr-Parteitag

Gestern wurde das „Ruhr-Echo“ bis 31. Dezember verboten

Essen, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die politische Auflösung des Bezirksparteitages der Kommunistischen Partei in Dortmund, die im Auftrage des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgeloff erfolgte, hat im ganzen Ruhrgebiet stürmischen Massenprotest hervorgerufen. Gestern kam es beim Schichtwechsel vor mehreren Zechenvereinsständen, vor den Zechentoren zu Versammlungen der Belegschaft, die härtesten Protest erhoben. Die Mitgliederversammlung des D.M.V., Bezirk Alt-Essen, nahm eine Protestentscheidung an. Protestentscheidungen wurden in zahlreichen anderen proletarischen Organisationen angenommen. In Dortmund, Duisburg-Meiderich und Mörks kam es zu starken Protestdemonstrationen.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Ruhrgebiet hat den Bezirksparteitag erneut zum 8. und 9. Januar 1933 nach Essen einberufen, im Zeichen des 10. Jahrestages der Ruhrbesetzung.

Die faschistische Reaktion hat einen neuen Schlag gegen die kommunistische Partei an der Ruhr geführt. Gestern Abend erschien in der Druckerei des „Ruhr-Echo“ Polizei und verbot den Weiterdruck der Zeitung. Die Polizei eröffnete der Geschäftsleitung, daß das „Ruhr-Echo“ bis zum 31. Dezember verboten sei.

Durch dieses Verbot will die herrschende Klasse die wachsende Protestwelle unterdrücken. Die schlesische und oberschlesische Arbeiterschaft muß das Verbot des „Ruhr-Echo“ beantworten mit der noch viel stärkeren Verteidigung der kommunistischen Presse. Der beste Schlag ist das Abonnement der kommunistischen Presse. Wenn das nicht der Fall sein würde, würde die Bourgeoisie die kommunistische Presse nicht so stark verfolgen, wie das gerade in den letzten Wochen geschieht.

Belegschaft Melchiorgrube protestiert gegen Todesurteil gegen den Antifaschisten Bartl

Sozialdemokratischer Betriebsrat Birke für Sondergerichtsjustiz mit ihren Todes- und Zuchthausstrafen

Dittersbach, den 12. Dezember 1932.

An das sächsische Justizministerium in Dresden.

Der Arbeiterrat der Melchiorgrube erhebt im Auftrage der Belegschaft gegen eine Stimme den schärfsten Protest gegen das Todesurteil, welches vom Sondergericht Chemnitz gegen den Arbeiter Bartl gefällt wurde.

Wir fordern die sofortige Freilassung des zu unrecht Verurteilten.

Gegen diese Entscheidung stimmte das sozialdemokratische Betriebsratsmitglied Ernst Birke. Die Kumpels und alle übrigen Proletarier — auch die sozialdemokratischen Arbeiter — wenden sich mit Abscheu von diesem Sozialdemokraten, der dafür ist, daß einer ihrer Klassengenossen getötet werden soll. Nun erst recht muß die Protestaktion gegen das Chemnitzer Todesurteil gesteigert werden!

Steigerung
des Litvertriebs
bedeutet Verstärkung unserer
ideologischen Offensive

a) Konzentration auf die wichtigsten Betriebe, Schaffung von Verbindungen mit der Betriebsjugend, Gründung von A.O.D.-Zellen, die um sich herum haben müssen eine breitere Jugend-A.O.D.-Gruppe, und der Ausbau eines Vertrauensleutekörpers in den Betrieben.

Diese Aufgabe wird der Jugendverband nur dann erfüllen, wenn er die Kämpfe der Jugend in den Betrieben um ihre kleinsten Interessen organisiert und führt.

b) Beginn mit einer ernsthaften Arbeit in den Jugendsektionen der Gewerkschaften, Zusammenfassung der A.O.D.-Genossen zu Fraktionen, die zu allen Fragen in der Jugendsektion Stellung nehmen und den Kampf um jede wählbare Funktion in den Jugendsektionen führen.

c) Herbeiführung eines Umschwunges unserer Arbeit gegen den „freiwilligen Arbeitsdienst“. Abkommandierung einer Reihe von Genossen in die Arbeitsdienstlager und Schaffung von Lagerzellen, welche die Aufgabe haben, an Hand der Mißstände im Betrieb die Kämpfe der Dienstpflichtigen zu organisieren und durch den Kampf die Auflösung der Arbeitsdienstpflicht nicht erst in den bereits erwähnten Lagern, sondern bereits an der Stempelstelle. Entfaltung einer breiten Massenjugendbewegung für die Forderungen der Rettungsprogramme der Jugend vor Hunger und Frost.

d) Eröffnung einer breiten ideologischen Offensive gegen die Hitlerjugend, wobei wir unser Programm der nationalen und sozialen Befreiung aufs härteste popularisieren müssen.

Entfaltung der demagogischen Reden der Nazis vom nationalen Sozialismus, indem wir ihnen beweisen, daß es nur einen Sozialismus, das heißt die Diktatur des Proletariats, gibt. Die Tradition des A.O.D. im Kampf bei der Ruhrbesetzung 1923,

der Kampf gegen den Separatistenputsch im Rheinland, das Kühne und mutige Beispiel des Genossen Thälmann in Paris, muß als Zeichen des Kampfes gegen Versailles und unserer Propaganda gegenüber der Hitler-Jugend besonders propagiert werden. Gegen den Chauvinismus sehen wir den proletarischen Internationalismus, gegen die Militarisierungsbestrebungen der Bourgeoisie propagieren und organisieren wir die proletarische Wehrhaftigkeit der Arbeiterjugend.

e) Beseitigung des Mangels am Funktionärlager. Die Erziehung der Kader kann nur geschehen in der Durchführung unserer täglichen Massenarbeit. Nur im Kampf entwickeln sich die Funktionäre, welche der Jugendverband braucht, um Führer der Jungarbeitermassen zu werden. Hierbei muß ein Kampf geführt werden gegen solche Auffassungen innerhalb der Partei, welche sagen, daß die Jugend sich erst schulen müsse, um dann kämpfen zu können.

Durch die Volkshewisierung des Jugendverbandes, der Überwindung seiner Mängel und Schwächen und der Erfüllung der vom 11. und 12. Effi-Plenum gestellten Aufgaben muß er der Partei und dem Jugendverband gelingen, den Verband zu einem wirklichen Massenkampfverband der Arbeiterjugend umzuwandeln. Die Hilfe, die die Partei dem A.O.D. angedeihen lassen muß, kann nur in der Linie liegen, daß die Partei die Durchführung der Beschlüsse der Partei im Jugendverband sichert und dem Jugendverband hilft bei der praktischen Durchführung der Beschlüsse, indem jede Parteizelle eine Jugendzelle schafft.

Nachdem der Parteitag seine Arbeit abgeschlossen hat, muß die Gesamtpartei mit allem Ernst daran gehen, die zur Jugendfrage gefassten Beschlüsse zu verwirklichen, damit der Jugendverband in kürzester Frist die erste und beste Hilfe der Partei ist.

Schleichers „Waffenstillstand“

A.O.D.-Parteitage Ruhrgebiet und Pommern gesperrt — Bezirkskonferenz des Kampfbundes gegen den Faschismus in Bremen aufgelöst — Polizeiaktion gegen Arbeiter-Schützenbund, Erfurt

Der am Sonnabend begonnene Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei des Ruhrgebietes wurde von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgeloff aufgelöst. Als „Begründung“ für diese unehrenhafte Maßnahme wurde angegeben, daß in Dortmund Klubs und Maskenbälle lästig gewesen seien und viele Häuserwände mit revolutionären Inschriften bedeckt wurden. Jürgeloff erklärte, daß er den Parteitag nur dann wieder zulassen werde, wenn die Leitung der S.P.D. eine schriftliche Erklärung abgebe, daß sie gegen politische Bemalung der Mauern sei, und wenn ein Vertreter der revolutionären Partei den ganzen Parteitag überwachen könne. Selbstverständlich hat die Parteileitung diese Bedingungen abgelehnt. Die Kommunisten weisen es mit Verachtung zurück, sich unter Kuratel des seit dem Mai 1929 in der ganzen Welt berühmten Jürgeloff zu stellen. Unter brandenden Rot-Front-Rufen und dem Gesang der „Internationale“ verließen die Delegierten den Saal.

Auf dem am Sonnabend begonnenen Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Pommerns eine aus zwei S.P.D.- und zwei parteilosen Arbeitern bestehende Delegation der Belegschaft der Fabrik Henke den Parteitag begrüßte, drang Polizei in den Saal ein und beschlagnahmte sämtliche Wappen der Delegierten mit Verhören und Resolutionsentwürfen. Der leitende Offizier erklärte, daß die Polizei solange im Saal bleibe, bis sie die Gewißheit habe, daß nicht über die Beschlüsse des 12. Effi-Plenums gesprochen werde. Angehts dessen, daß die Arbeiter ihre Beschlüsse niemals unter Polizeiaufsicht lassen, beschloß das Präsidium, den Parteitag nicht weitertagen zu lassen. Unter jubelnden Hochrufen auf die S.P.D. und

die kommunistische Internationale ging der kurze, aber sehr lehrreiche Parteitag nach einer flammenden Ansprache des Genossen Kraus auseinander.

Die Erfurter Polizei hat eine großzügige Aktion gegen den Erfurter Arbeiter-Schützenbund durchgeführt. Ein großes Aufgebot von Schutz- und Kriminalpolizei umstellte das Gebäude und den Platz des Bundes in Eisernerleben, weil dort angeblich der verbotene A.O.D. getagt haben soll. Die Polizei erklärt, daß der verbotene A.O.D. in der letzten Zeit eine starke Aktivität an den Tag lege und seinen Mitgliederbestand außerordentlich vergrößert habe. Gegen die anwesenden Arbeiterschützen wurde in der härtesten Weise vorgegangen. Bei diesem Vorgehen machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Zwei Arbeiter wurden von den Kugeln getroffen und verletzt. Die Polizei erklärt, die Anwesenden hätten Widerstand geleistet. 20 Personen wurden verhaftet.

Unter dem Vorgehen, es bestiehe der Gefahr der Vorbereitung des Hochverrats, wurde am Sonntagvormittag eine in Bremen stattfindende Bezirksversammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus, die von etwa 160 Arbeitern besucht war, mit Polizeigewalt aufgelöst.

Die Internationale Arbeiterhilfe hatte am Freitagabend die Mitglieder der Solidaritätsausschüsse in Bremen einberufen, die insbesondere zur Vorbereitung der Solidaritätsaktion für die vor einem Lohnabbau stehenden Gas- und Wasserarbeiter Stellung nehmen wollten. Plötzlich führten ein Dutzend Polizisten und Kriminalbeamte mit vorgehaltenen Revolvern den Ruf „Hände hoch!“

in den Saal. Die Polizei stellte die Personalien der Anwesenden fest und beschlagnahmte die Einladungen. Die Polizei verweigert strikt jede Auskunft darüber, aus welchem Grund diese Aktion erfolgte.

Diese Polizeiaktionen gegen die kommunistische Partei und andere Arbeiterorganisationen zeigen den Kurs des „Waffenstillstandes“, den die Schleicher-Hitler-Führer gemeinsam mit den Staatsfunktionären der S.P.D. steuert. Sie zeigen der Arbeiterschaft mit alarmierender Klarheit, daß die soziale Phrasologie des Schleicher-Kabinetts mit einer unerhörten Verschärfung der Maßnahmen gegen das Proletariat und seine revolutionäre Vorhut verbunden ist.

Die Breslauer sozialdemokratische „Volkswacht“ veröffentlichte gestern kurz die Meldung der Auflösung des Parteitages an der Ruhr mit der Überschrift: „Was soll das?“, ohne ihren Lesern mitzuteilen, daß es der Sozialdemokrat Jürgeloff war. Diesen Jürgeloff hatte Papen im Amt belassen.

Eine gewaltige Protestaktion muß in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren organisiert werden. Deran vor allem an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder! Macht ihnen klar, daß die von Jürgeloff in Dortmund durchgeführte Polizeiaktion gegen den kommunistischen Parteitag nichts anderes ist, als die Umsetzung der Leipziger Dekretierungsreden in die faschistische Praxis. Je härter die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen, desto machtvoller entfaltet das Banner der Einheitsfrontaktion!

Was ist mit Imbusch los?

**Christliche Gewerkschaftsführer machen tolle Spekulationsgeschäfte mit den Beitragsgrößen
Christliche Gewerkschafter, haltet Abrechnung!**

Die im Ruhrgebiet verbreitete bürgerliche Korrespondenz Hofrichter bringt aufsehenerregende Enthüllungen über sehlgelagene kapitalistische Spekulationsgeschäfte der christlichen Gewerkschaftsführer. Wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Arbeiterbank haben, haben die christlichen Gewerkschaftsführer ihre Volksbank, und dort ist der Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes, Imbusch, Aufsichtsratsvorsitzender. In der letzten Zeit ist nun eine andere Bank, „Eisener Volksbank“ genannt, platte gegangen, und es stellte sich heraus, daß die Bank der christlichen Gewerkschaftsführer dort 400 000 Mark angelegt hatte, die nun vollständig verloren sind. Ferner hatte die Volksbank der christlichen Gewerkschaftsführer das gesamte Aktienkapital der Deutschen Holzwerke AG. zu Altessen übernommen; diese Holzwerke sind nun auch pleite, und die Kredite, die die Volksbank gegeben hat, sind verloren. Insgesamt werden die Verluste der Volksbank auf etwa eine Million Mark geschätzt, so daß auch die Volksbank im höchsten Grade „sanierungsbedürftig“ ist. Es besteht nun die auffallende Tatsache, daß Imbusch in der letzten Zeit fast nirgends öffentlich reden durfte. Allerdings hat er sich hinter den Kulissen eifrig für die Unterstützung der Schleicher-Regierung eingesetzt, wie ja auch die übrigen christlichen Gewerkschaftsführer. Diese Politik entspricht im höchsten Grade den Wünschen der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. Die Arbeiter nehmen nun an, daß diese eifrige Unterstützungspolitik sehr eng mit dem Sanierungsbedürfnis der Volksbank und der Massen der christlichen Gewerkschaftsführer überhaupt im Zusammenhang steht. Um nun aber den christlichen Arbeitern gegenüber sich selbst zu retten, scheint der Kreis der christlichen Gewerkschaftsbürokratie Imbusch allein für die riesigen Verluste verantwortlich zu machen.

Die christlichen Arbeiter dürfen sich durch kein Mandat täuschen lassen. Immer, wenn die Arbeiter im Streit gegen Lohnabbau standen, haben die christlichen Gewerkschaftsführer die finanzielle Unterstützung der Kämpfenden verweigert. Dafür haben sie die buntesten kapitalistischen Spekulationsgeschäfte gemacht und so die mühsam aufgetragenen Beitragsgrößen der christlichen Gewerkschaftsmitglieder verschleudert. Alle christlichen Gewerkschaftsführer sind dafür verantwortlich. In allen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften muß mit den schuldigen Führern abgerechnet werden. Die christlichen Arbeiter dürfen sich auch durch diese Gewerkschaftsführer nicht davon abhalten lassen, sich nun erst recht mit der Waffe des Streiks gegen jeden Lohnabbau zur Wehr zu setzen und für ihre Forderungen zu kämpfen. Die KPD. hat sich in zahlreichen Kämpfen im Westen Deutschlands auch als die treue Führerin der kämpfenden christlichen Arbeiter erwiesen. Kommt die schärfste Kampfkriegung gegen die christlichen Gewerkschaftsführer ein, ebenso wie gegen das Schleicher-Kabinett, soart auch jetzt um die KPD., verbreitert die Einheitsfront des Kampfes!

„Die einzige Differenz“

Freche Betrugsmanöver des „Vorwärts“

Noch vor einigen Tagen trompetete der „Vorwärts“ und die übrige sozialdemokratische Presse in die Welt hinaus, daß die SPD. gegenüber dem Schleicher-Kabinett nur ein Gebot lenne: Allerschärfste Opposition! Wir haben an Hand der Tolerierungspraxis der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie diesen Betrug angeprangert. Wir haben den Arbeitern das alarmierende Interview des KPD.-Vorstandes Leipart mit dem Vertreter der Pariser Zeitung „Excelsior“ bekanntgegeben, was der „Vorwärts“ seinen Lesern bis heute noch verschwiegen hat, ebenso totgeschwiegen, wie das zynische Bekenntnis des Frankfurter SPD.-Vates, daß die SPD. „an dem Sturz der Schleicher-Regierung kein Interesse“ habe. Jetzt läßt der „Vorwärts“ seine „Oppositions“-Maste immer mehr, und von Tag zu Tag wird offener ausgesprochen, daß die SPD. entschlossen ist, die Schleicher-Diktatur mit allen Mitteln gegen den Ansturm der Einheitsfrontaktion zu verteidigen. Herr Paul Löbe schrieb am Sonntag im „Vorwärts“ einen Leitartikel, in dem er triumphierend darauf hinweist, daß es im Reichstag Abstimmungen gegeben hat, wo Kommunisten und Sozialdemokraten miteinander gestimmt haben, dann fährt er wörtlich fort:

„Die einzige Differenz (mit den Kommunisten) bestand in ihrer Forderung, vor allem anderen über die Misstrauensvoten abzustimmen. Wäre das geschehen, dann wäre der Reichstag entweder aufgelöst oder die Regierung gestürzt worden.“

Welch ein Unglück! Der Reichstag wäre aufgelöst oder die Regierung gestürzt worden! Wir fragen jeden sozialdemokratischen Arbeiter: Kann es ein offeneres Bekenntnis zur „Tolerierung“ und Unterstützung Schleichers geben? Wird hier nicht ganz klipp und klar ausgegeben, daß die SPD. den Sturz der Schleicher-Regierung nicht will, daß alles Lug und Trug ist, was die sozialdemokratischen Führer von ihrer „Allerschärfsten Opposition“ gegen Schleicher schwätzen?

Wir Kommunisten setzen außerparlamentarisch und parlamentarisch alles daran, um die Schleicher-Regierung zum Sturz zu bringen. Wir handeln damit nach dem Willen der Millionenmassen der Werktätigen, die zum Kampf gegen jede Form der faschistischen Diktatur entschlossen sind. Die SPD. dagegen belügt ihre Anhänger mit leeren Oppositionsphantasmen, während sie in der Praxis beweist, daß sie mit dem Schleicher-Kabinett durch dick und dünn zu gehen entschlossen ist. Das ist die „einzige Differenz“ zwischen uns und den Kommunisten, so erklärt Löbe, um dann, gestützt auf diesen Betrug, als ob es sich hier nicht um die entscheidende Frage der proletarischen Klassenpolitik handele, dazu überzugehen, ein Lob- und Preislied auf die „positive“ sozialdemokratische Parlamentsarbeit anzustimmen.

Die Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Papen-Notverordnungen, die Teilmnestie, alles, was die Arbeiterchaft dem Klassenfeind unter den Fahnen der Einheitsfrontaktion im außer-



parlamentarischen Massenkampf abgetrotzt hat, das versucht der „Vorwärts“ als Ergebnis der sozialdemokratischen Parlamentsanträge dahinzustellen. Der Zweck der Übung ist klar. Die Arbeiter werden damit beschwooren, abzulassen vom außerparlamentarischen Kampf gegen die faschistische Diktatur, sie sollen aufhören, Streik-kämpfe gegen den Lohnabbau zu organisieren, die Erwerbslosen sollen nachlassen in ihrem Kampf gegen Hunger und Frost, für die Auslieferung des Ueberflusses von Rohlen, Kartoffeln und Brot an die Hungernden und Frierenden.

Die Werktätigen, die unter den Kampflosungen der Kommunistischen Partei und unter den Fahnen der Einheitsfrontaktion begannen, sich ihrer eigenen Kraft bewußt zu werden, sollen ihr Schicksal in die gepflegten Hände der sozialdemokratischen Parlaments-kretinisten zurücklegen. So arbeitet die SPD. der Schleicher-Diktatur in die Hände. Wir müssen den Werktätigen die ganze Gefährlichkeit dieser sozialdemokratischen Betrugsmanöver aufzeigen. Wir müssen sie unwirksam machen, indem wir die rote Disfenz gegen die faschistische Diktatur an allen Fronten mit verstärkten Kräften weiter vorwärtstragen.

Vom 10. bis 18. Dezember

Woche der politischen Gefangenen

„Amnestie angenommen“, unter diesen Schlagzeilen der Pressejournalen, angefangen von den Nazis bis zur SPD., will man jetzt ablenken von dem Wüten der Klassenjustiz. Die „Volksmacht“ verhöhnt die proletarisch-politischen Gefangenen, indem sie in der Nummer 291 vom 12. Dezember eine Begrüßung der in die „Freiheit“ wiederkehrenden Massengenossen vom Stapel läßt. Dabei ist noch kein einziger Gefangener des kapitalistischen Systems den Klauen der Klassenjustiz entronnen. Ungewiß ist noch das Schicksal der proletarisch-politischen Gefangenen.

Mehr als 9000 proletarisch-politische Gefangene, mit mindestens 30 000 Angehörigen, sind die Opfer des Wütens der Klassenjustiz. Im Bezirk Schlesien wurden allein von den Sondergerichten in der Zeit vom 16. August bis 19. September 233 Antifaschisten, darunter Mütter von mehreren Kindern, zu 36 Jahren 10 Monaten Zuchthaus und 109 Jahren 10 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Im Reichsmagstabe wurden in der Zeit vom 17. August bis 1. Dezember 2154 Jahre Freiheitsstrafen verhängt.

Der Arbeiter Bartl wurde zum Tode verurteilt. Im Rheinlande wird ein neues Todesurteil vorbereitet.

Das ist das Gesicht der „Gerechtigkeit“!

Obst Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz! Die Rote Hilfe als Führerin im Kampfe gegen die Klassenjustiz ruft die Werktätigen auf zur Solidarität mit den proletarisch-politischen Gefangenen und ihren Angehörigen.

Monatlich müssen zur Unterstützungszahlung für die Angehörigen der eingekerkerten Massengenossen rund 40 000 Mark aufgebracht werden. Die Kosten für die Verteidigung belaufen sich auf rund 30 000 Mark. Hinzu kommen noch die Unter-

stützungen für die politischen Flüchtlinge aus den Ländern des weißen Terrors, die monatlich etwa 7000 Mark betragen.

Diese Mittel werden und müssen aufgebracht werden. Darum, Massengenossen, in der Woche der politischen Gefangenen gedenket eurer Klassenbrüder hinter Kerkermauern. Beteiligt euch als rote Helfer an der Winterhilfsammlung der Roten Hilfe. Jedem proletarisch-politischen Gefangenen ein Paket; dies muß in die Tat umgesetzt werden. Darum in der Woche der proletarisch-politischen Gefangenen höchste Entfaltung der Solidarität.

Rote Helfer sind schon aktiv für die Winterhilfsammlung der Roten Hilfe. Folgende Teilergebnisse zeigen, wie Rote Helferinnen und Rote Helfer für die proletarisch-politischen Gefangenen Sechser auf Sechser, Groschen auf Groschen zusammengetragen:

- Freiblad:**
 - Zwei Betriebsgruppen der KPD. . . 5,— u. 8,— M
 - Roter Helfer Luz 31,21 M
- Sangenbielau:**
 - Rote-Hilfe-Betriebsgruppe Kalkwerk . . . 10,25 M
 - Kontozahlung Winterhilfsammlung . . . 110,— M
- Liegnitz:**
 - Parteilose Rote Helferin 18,50 M
- Reichenbach:**
 - Ein Roter Helfer 23,24 M
- Fraustadt:**
 - Ueberstuh vom Solidaritätsfest 33,85 M
 - Ein Roter Helfer in zwei Tagen 11,— M
- Görlitz:**
 - Kontozahlung Winterhilfsammlung . . . 188,— M

Diese Beispiele müssen alle Roten Helferinnen und Roten Helfer anspornen. Rote Helfer vor die Front! Ihr Werktätigen, gebt auf die Geldmülllein! Ihr kleinen Geschäftsleute und Gewerbetreibende, zeichnet auf die Warenmülllein!

An alle Mitglieder der Partei, der Massenorganisationen und Leser der „Arbeiter-Zeitung“

Über 1/4 Million

Stimmen im Bezirk Schlesien und Oberschlesien

konnte die Kommunistische Partei Deutschlands am 6. November zählen. Ein Beweis für die organisatorische und agitatorische Kraft der Kommunistischen Partei und ihrer Presse.

Was sagt uns aber diese Zahl im Zusammenhang mit dem Inseratenteil unserer Presse?

Daß er bei weitem nicht dem gewaltigen, ununterbrochen wachsenden Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Presse entspricht!

Auch heute noch lehnen es viele Geschäftsleute aus Gründen der „politischen Neutralität“ ab, in unseren Zeitungen zu inserieren. Die Aufgabe jedes kommunistischen Wählers besteht nicht nur darin, mit der Kommunistischen Partei den Kampf politisch zu führen, sondern jeder Wähler hat gleichzeitig die Verpflichtung, auch den Kampf wirtschaftlich, im Interesse unserer Zeitung zu führen. Deshalb muß jedes Mitglied der Partei und der Massenorganisationen, jeder Leser unserer Zeitungen, und überhaupt jeder kommunistische Wähler grundsätzlich ablehnen, seine Einkäufe bei solchen Geschäftsleuten zu tätigen, die die Masse der kommunistischen Wähler als Käufer wohl zu schätzen wissen, aber gegenüber der kommunistischen Presse eine „neutrale“ in Wirklichkeit kommunistenfeindliche Haltung einnehmen.

Es gilt also, nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, d. h. Käuferdisziplin zu wahren. Deshalb keinen Pfennig dem Geschäftsmann, der nicht bei uns inseriert.

Geschäftskommission der Bezirksleitung, der KPD. und der Massenorganisationen

Achtet scharf auf den Inseratenteil unserer Presse und ganz besonders jetzt, anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsgeschäftes und handelt strikte nach dieser Anweisung.

RUND UM DEN ERDBALL

Die „bittere Not“ der Hausbesitzer *Glosse vom Tage*

wird von Ulstein beklagt — Wieviel Wohnungen stehen leer?

Ulsteins „Morgenpost“ beklagt in einem Artikel, der gleichsam „sozial“ geschrieben sein soll und so gehalten ist, als diene er den Interessen der Massen, die „bittere Not der Hausbesitzer, die das Unglück haben, Besitzer von Häusern mit leerstehenden Großwohnungen oder eines Neubaus zu sein, der bei der großen Kündigungsverordnung von den Mietern verlassen wurde“.

Wahrlich, groß ist die Not dieser „armen“ Hausbesitzer. Eine amtliche Zählung hat ergeben, daß in Berlin mehr als 50 000 Wohnungen und Gewerberäume leerstehen. Es wird festgestellt, daß das verhältnismäßig eine geringe Zahl wäre. Wir glauben, daß die Zahl viel größer sein wird. Aber nicht das steht im Moment zur Frage. Wenn man durch den Berliner Westen wandert, da sieht man an jedem Haus fast Zettel angebracht: Wohnung, bestehend aus acht, aus zwölf, aus vierzehn und sogar aus zwanzig Räumen mit allem Zubehör und allem Komfort zum 1. X. 1930, zum 1. IV. 1931 usw. zu vermieten.

Wahrlich, groß ist die Not dieser „armen“ Hausbesitzer, deren Wohnungen schon seit zwei Jahren und länger leerstehen. Man bedenke: der Winter ist hereingebrochen. Hunderte, tausende Proleten in Berlin leben in Holzbaracken, in Laubkolonien, sind schuklos der Kälte und den Frösten ausgesetzt, ziehen sich Rheuma und alle möglichen Krankheiten zu, während tausende und zehntausende Wohnungen von acht bis zwanzig Zimmern mit allem Zubehör, Zentralheizung und warmes Wasser, leerstehen. Und da stellt Ulstein fest, daß die Not der Hausbesitzer groß ist. Kann man sich eine empörenderere Tatsache vorstellen als die, daß während solcher ungeheurer Räume leerstehen, Proleten in Baracken haufen müssen, daß Arbeiterfamilien in Einzimmerwohnungen zusammengepfercht sind?

Ohne Zweifel: in Berlin sind trotz der leerstehenden Wohnungen zu wenig Wohnungen vorhanden. Weswegen aber stehen so viele tausende Wohnungen leer? Weil die Arbeiter, sogar diejenigen, die heute noch Arbeit haben, bei den niedrigen Arbeitelöhnen nicht in der Lage sind, Miete zu bezahlen.

Es gibt unzählige Neubaublöcke in Berlin, die fast bis zur Hälfte leer sind. Überall an den Fenstern sieht man die bekannten Zettel angebracht: „Zu vermieten!“ Aber keine einzige dieser Gesellschaften geht mit der Miete herunter. Würden diese Gesellschaften die Mieten senken, dann könnten Wohnungen vermietet werden, und sie hätten die gleichen Einnahmen, wie sie jetzt bei höheren Mieten haben. Denn das, was die Senkung ausmacht, würden die neuvermieteten Wohnungen einbringen. Aber man entschließt sich nicht, den Druck auf die Mieter auch nur um ein Geringes zu mildern. Die Mietpreise, die die Arbeiter und Angestellten heute bezahlen müssen, stehen in gar keinem Verhältnis zu den niedrigen Löhnen. Man zahlt oft ein Drittel und manchmal die Hälfte seines Lohnes für Miete. Und zehntausende Groß- und Mittelwohnungen in Berlin stehen leer.

Ohne Zweifel bildet Berlin in dieser Hinsicht keine Ausnahme. In allen größeren Städten und Industriezentren Deutschlands ist das gleiche Bild. Es wird buchstäblich nichts gebaut, trotz der herrschenden Wohnungsnot. Und bei dieser herrschenden Wohnungsnot stehen buchstäblich zehntausende Neubauwohnungen leer. Diese Zustände charakterisieren wohl klar und eindeutig das herrschende kapitalistische System, zeigen, wieviel geleistet werden könnte, wenn heute bereits die Arbeiterklasse an der Macht wäre...

Ich, Goebbels, nämlich. Lächerlich, einfach infam. Wie die Journaille liegt! Einfach infam, toll, unglaublich, wessen sie mich, Goebbels, beschuldigen.

Um was geht es hier? Angesichts des Kraches in der NSDAP haben die Zeitungen die Behauptung aufgestellt, Goebbels vertritt eine Richtung in seiner Partei, das heißt er besitze irgendeine Meinung. Ueber eine solche Zumutung ist Goebbels auf tiefste empört. Er verbreitet durch die Telegraphen-Union das folgende Dementi:

„Ich betone, wie so oft schon, nun noch einmal zu allem Ueberflus, daß ich in der Partei keine besondere Richtung verrete. Es gibt bei uns überhaupt nur eine Richtung, und das ist die, die der Führer bestimmt.“

Wo sind sie nun, die Verleumder, die elenden, die behauptet haben, Goebbels verrete eine Richtung, hätte eine Meinung. Alles Lug, Schwindel der Presse. Für Goebbels denkt der „Führer“, und da der Führer nicht denkt, ... aber wie sagt Goebbels: Ueberflüssig, das zu betonen!

Dieses Dementi ist schon deshalb notwendig geworden, weil sich — man kann nie wissen! — bei der Verlogenheit der Presse morgen manche finden könnten, die behaupten würden, Goebbels besitze einen Charakter. Deshalb muß man von vornherein all diesen Lügen und Verleumdungen mit den schärfsten Dementis entgegentreten. ... Leo.

19 Tote

beim amerikanischen Bergwertsunglück

New York, 12. Dezember. Die Rettungsarbeiten in dem Kohlenbergwerk der Harlan Fuel Company bei Vance im Staate Kentucky, wo 25 Bergleute durch eine Explosion verchüttet wurden, gestalten sich äußerst schwierig. Es konnten bisher erst 19 Bergleute als Leichen geborgen werden. Man glaubt auch nicht, daß die übrigen sechs Verchütteten noch lebend geborgen werden können.

Postauto von Rangiermaschine überfahren

Vier Tote

Bukarest, 12. Dezember. In der Nähe der Station Lugosch bei Temesvar überfuhr eine Rangiermaschine ein vollbesetztes Postauto. Vier Tote und ein Schwerverletzter waren die Opfer des Unglücksfalles.

Mutter ertränkt drei Kinder

Essen, 12. Dezember. In ihrer Verzweiflung über zerrüttete Familienverhältnisse hat in Altenessen Frau Margarethe Konzilia ihre drei Kinder in den Kanal geworfen. Das jüngste Kind, ein fünfjähriger Knabe, konnte heute früh als Leiche geborgen werden, die beiden anderen, zwei Mädchen im Alter von 6 und 7 Jahren, sind bis jetzt noch nicht gefunden worden. Frau Konzilia wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Passagierflugzeug mit vier Infassen verschollen

Paris, 12. Dezember. Ein französisches Passagierflugzeug, das den regelmäßigen Dienst zwischen Marseille und Barcelona versieht und am Sonnabendmorgen um 5 Uhr gestartet war, ist seither verschollen. Das Flugzeug, in dem sich außer dem Führer ein Telegraphist, ein Mechaniker und ein Passagier befanden, wurde das letzte Mal um 6.30 Uhr zwischen Marseille und Perpignan gesichtet.



Die Kamera auf dem Bob

Unsere Aufnahme berichtet von der Arbeit eines Operateurs bei einem Wintersportfilm: der Aufnahmeapparat ist auf einem Bobschleitten aufgebaut, und der Kameramann dreht nun während der rasenden Fahrt, so daß später bei der Vorführung die Zuschauer den Eindruck bekommen, als säßen sie selbst im Bob und sausten mit D-Zugs-Geschwindigkeit durch die Bahn.

Aus aller Welt

Folgenschwerer Eisenbahnunfall

In der Nähe von Freiburg stieß ein Personenzug bei einem Gleisübergang mit einem mit Markt Fahrern besetzten Autobus zusammen. Dabei wurden zwei Personen auf der Stelle getötet und vier schwer verletzt. Nach Flattermeldungen sollen von den Schwerverletzten bereits drei ihren Verletzungen erlegen sein.

Frachtdampfer untergegangen

Der griechische Frachtdampfer „Timios Stavros“ ist in einem heftigen Sturm bei Zafanthos gesunken. Von der Besatzung konnten sich 23 Leute in einem Seiboot retten. Zwei Mann ertranken.

Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Tod

Seinem Leben durch Erhängen eine Ende gemacht hat der 65jährige Kaufmann Piatel aus Briesen. Sofortige Wiederbelebungversuche erwiesen sich als erfolglos. Der Beweggrund zum Selbstmord soll in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Auf den Gleisen der Strecke Königsberg—Marienburg wurde die hier vermisste Leiche des Königsberger Studenten Paul Schramm aufgefunden. Auf den Gleisen der Strecke Weichau—Königsberg fand man die überfahrene Leiche des Försters Krause aus Groß-Mehr. In beiden Fällen sind polizeiliche Ermittlungen eingeleitet.

In Mannheim entstand im Hause Krapfmühlstraße 35 ein Großfeuer, durch das drei Wohnungen mit zusammen 15 Zimmern vollständig vernichtet wurden. Fünf Familien sind obdachlos.

In der Stadt Nanchin (China) brach während einer Kinovorstellung Feuer aus, das das Gebäude vollständig vernichtete. 300 Personen kamen ums Leben, 50 erlitten Verletzungen.

Beim Einsturz eines Teiles der Zuschauertribüne wurden bei einem Fußballspiel in Santiago de Chile 114 Menschen verletzt und ein Kind getötet.

Auf der Halle-Halbverstädter Eisenbahn hat sich ein Liebespaar, ein 23jähriger Mann und eine 18jährige Kontoristin, vom Personenzug überfahren lassen.

Ein Arbeiter getötet

In der Hirschbrauerei in Ottobrunen in Schwaben explodierte am Sonnabend, als mehrere Arbeiter mit dem Auspischen von großen Lagerfässern beschäftigt waren, plötzlich unter heftigem Knall ein 25-Hektoliter-Faß, in dem sich Gase entwickelt hatten. Ein Küfermeister, Vater von sechs Kindern, wurde weggeschleudert und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ein Braumeister wurde mit ernstlichen Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert.

Momentbilder aus der Sowjetunion

Hier wird sozialistisch gearbeitet

In einem Betrieb in Moskau. Wir treffen auf eine Gruppe deutscher Monteure, knüpfen ein Gespräch an und einer davon, 25 Jahre alt, erzählt uns, daß er Mitglied der SPD. und des DMB ist. Wir stellen fest, daß er in jeder Beziehung zufrieden ist. Ob er es auch sein wird, wenn er nach Berlin zurückkehrt? „Nun“, sagt er, „ich werde aus eigener Erfahrung denen die Wahrheit sagen, die uns die schlimmsten Schauermärchen über die Sowjetunion erzählt haben. Hier wird sozialistisch gearbeitet.“ So der sozialdemokratische Arbeiter.

Die richtige Stelle

Auf dem Bahnhof in Sotschi, einem Kurort am Schwarzen Meer. Ein kultivierter Deutscher schlägt in deutscher Sprache gegenüber einem Eisenbahn-GW-Mann einen furchtbaren Krach. „Ich verlange Fahrkarten! Für mein Geld will ich weiche Klasse fahren.“

Ein Bourgeois — denken wir bei uns. Die Genossin S. er sucht ihn, sein Anliegen doch nicht so erregt vorzubringen. Der Mann bleibt erregt:

„Hier Tage laufe ich schon nach Fahrkarten; ist das eine Ordnung? Ich werde den Standal in die gesamte Presse bringen.“ Die Genossin S. gibt ihm eine Stelle an, an die er sich wenden soll. Nach einer Stunde treffen wir ihn wieder. Freudestrahlend teilt er uns mit, daß nun alles in Ordnung sei. Der Mann interessierte uns dennoch. In der Debatte erzählte er uns:

„Ich bin 32 Jahre gewerkschaftlich organisiert. Politisch bin ich Sozialdemokrat.“ Und mit besonderer Betonung: „Unter Sozialdemokrat.“ Ihm wird auf den Zahn gefühlt. Wir diskutieren über das Prinzip der Klassenherrschaft. Und was meint

dieser linke „Sozialist“? „Was heißt herrschende Klasse?“ fragt er mit einer verächtlichen Geste. „Aber wir wollen von Politik nicht reden.“ Offenlich war er zu feige, mit uns politisch zu diskutieren. Der Herr linke Sozialdemokrat hatte getobt, weil er nicht eine hundertprozentige Bequemlichkeit, wie er sie versteht, hatte. Er konnte sie aber deswegen nicht haben, weil er sich an eine fremde Stelle gewandt hatte, weil er keine Silbe russisch sprach und der GW-Mann kein Wort Deutsch verstand. Nachdem er sich an die richtige Stelle gewandt hatte, wurde sein Anliegen in 40 Minuten erledigt, was er in vier Tagen nicht erledigen konnte. Ein kleines Beispiel, wie Seker gegen die Sowjetunion entstehen.

Es wachsen unsere Fabriken

Ich hatte Gelegenheit, mit einem Ingenieur aus Kiew zu sprechen. Er hat vor 20 Jahren in Deutschland studiert und hat in Deutschland, Frankreich und Belgien gearbeitet. Er erzählte, daß er viel in der Sowjetunion herumgekommen sei. Er gehört der Partei nicht an. Seine Frau kommt aus der bürgerlichen Intelligenz. Sie versteht heute noch nicht alles, was sie erlebt. Vor zwei Jahren, als er von einer Reise zurückkam, klagte die Frau, daß es kein Weißbrot gegeben hätte. „Laß uns Schwarzbrot essen, hab ich ihr erwidert“, erzählte er mit Stolz. „Draußen im Lande wachsen unsere Fabriken, das ist wichtiger als Weißbrot.“ Im vergangenen Jahr kam er von Dneprostroj zurück. „Wieder klagte die Frau. Und da habe ich ihr gesagt“, erklärte dieser Ingenieur: „Und wenn wir hungern müssen! Nachdem ich immer wieder gesehen habe, welche Anstrengungen gemacht und welche Fortschritte erzielt werden, weiß ich, daß wir noch eine bessere Zeit erleben.“ Der Mann war bereits 53 Jahre alt...

Da streiten sich die Leut' herum ...

Wer hat die besten Brannntweine, Getreidekörner und Jamaika-Rum-Verschnitte in Breslau? Das Publikum urteilt:

Hennig bleibt Hennig

Ruffert und die „Fürsorge für Arbeitslose“ Schlafen fällt den Hunger / Erwerbslose sollen bitten / Die Textilarbeiter leben heute genau noch so schlecht wie 1848

Breslau. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hatte brieflich seine arbeitslosen Mitglieder zu einer Versammlung am Donnerstag, dem 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses eingeladen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Fürsorge für Arbeitslose“ hatten sich die Nawroth u. Co. den Demagogen Ruffert geholt, der in seinen ganzen Ausführungen die Versammelten für die Verträglichkeit der ADGB-Bürokratie zu begeistern versuchte. Der gute Versuch der Versammlung war wohl zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß beim zweiten Tagesordnungspunkt die „Weihnachtsunterstützung“ behandelt wurde.

Ruffert erzählte viel von Unterstützungsanstalten, von Notstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeit, wobei er erwähnte, daß Holz keine Schande sei, und er berief sich hierbei darauf, daß ja „Nihilisten von Doorn auch Holz haben müßten“. Zur Lage der Mietbesitzer erklärte Ruffert, daß der Magistrat Breslau in den meisten Fällen schon 20 Mark monatlich zuzuhle, und wenn sich infolge der weiteren Erwerbslosigkeit die Zahl noch vermehren würde, dann ginge es eben nicht anders, als daß die Erwerbslosen in eine billigere Wohnung übergesiedelt würden. Bei den erwerbslosen Mietern, wo die Miete unter dem vom Wohlfahrtsamt angeordneten Mietsatz liegt, habe es die gute SPD im Wohlfahrtsbezirk im Kampfe gegen die Bürgerlichen durchgedrückt, daß in diesen Fällen die Unterstützung nicht herabgesetzt wurde.

Des weiteren führte er aus, daß die meisten Erwerbslosen, die keinen Nebenverdienst haben, eben sich dadurch behelfen, daß sie abends zeitig ins Bett gehen und spät aufstehen, damit sie nur zwei Maßzeiten am Tage brauchen.

Den Breslauer Erwerbslosen geht es noch nicht schlecht

Aber, sagte er, die Breslauer Erwerbslosen seien noch nicht am schlechtesten dran. Hier bekommt ein Ehepaar noch 67 Mark im Monat; man solle einmal nach Wrocław sehen, dort bekommt ein Ehepaar nur 40 Mark den Monat, obwohl dort alles genau so teuer sei wie in Breslau. Ein besonderes Verdienst der SPD sei es, daß sie sich dafür eingesetzt habe, daß jeder Erwerbslose zwei Zentner Kohle im Monat sowie Brot- und Fleischmarken erhält. Auch müßten die Erwerbslosen mehr Zutrauen zu den Fürsorgestellen haben und nicht gleich Krach machen und die Beamten beleidigen oder sogar prügeln, wie das auch schon vorgekommen sei, was zur Folge gehabt habe, daß dieselben wegen Hausfriedensbruch ins Gefängnis gemauert seien. (Er findet es also in Ordnung, wenn die Erwerbslosen schikaniert werden.) Er begreife ja auch die Not und die Erbitterung der Erwerbslosen, aber der Beamte könne doch nichts dafür, wenn er eben nicht mehr gibt. Dieses Vorgehen führe nur dazu, daß die Beamten in ihrer Arbeit gestört würden, es solle doch jeder seine Anliegen in Form einer Bitte vorbringen. Auch Aufstände helfen nach seiner Meinung nichts, denn den schlesischen Lehrern geht es heute genau noch so schlecht als im Jahre 1848. Er forderte, daß es notwendig sei, die Arbeitslosenunterstützung wieder einzuführen, die der „böse Papen“ aufgehoben hat. (Von dem guten Brünning, der von der SPD trotz Unterstützungsabbau toleriert wurde, sagte er kein Wort.)

Des weiteren stellte er die Behauptung auf, daß früher, wo das Wohlfahrtsamt von einem SPD-Mann besetzt gewesen sei, alles ganz gut war, als aber ein Kommunist diesen Posten besetzt habe, hätte es sich gezeigt, daß derselbe so kleinlich gewesen sei. Jetzt sei es auch schon wieder besser; der jetzige SPD-Dezernent habe schon manchem Erwerbslosen geholfen mit Beträgen von 3, 5, 8 und 10 Mark.

Verstaatlichungsschwindel, Parlamentarismus

Die Hilfe für die Erwerbslosen sei nach seiner Meinung nur dadurch möglich, daß die Forderungen des Arbeitsbeschaffungs-

programms des ADGB vermittelt würden. Es dürfte nicht mehr so weiter gehen, daß die Gelder in die Taschen der Großagrarien fließen, sondern für die Arbeitsbeschaffung verwendet werden müßten. (Wahrscheinlich für den Arbeitsdienst.) Durch Bereitstellung von Mitteln für Arbeitsbeschaffung sei es möglich, daß die Wirtschaft wieder gehoben und die Krise überwunden werde. Dazu sei es notwendig, daß die Arbeiter die Einheitsfront stärke und der SPD bei den Wahlen die Stimme gebe, damit sie im Parlament etwas im Interesse der Arbeiter durchdrücken könne.

Zum Schluß veruchte dieser Schleicher-Apokal in verschleierte Form die Tolerierung der Schleicher-Regierung durch die SPD schmackhaft zu machen, indem er sich sehr eingehend mit den Argumenten aus der „Schlesischen Zeitung“ beschäftigte. Damit wollte er die Versammelten wohl überzeugen, daß Schleicher und die „Schlesische Zeitung“ zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß der Privatkapitalismus abgewirtschaftet habe und der Staatskapitalismus kommen müsse, bis man eine bessere Lösung gefunden habe.

Diese Phrasen des Oberdemagogen Ruffert zeigen so drastisch, inwieweit die Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen System verwaschen ist und inwieweit sich diese Leute mit den gegebenen Ver-

hältnissen abfinden. Sie finden es in Ordnung, daß die Erwerbslosen neben ihrer Not noch schikaniert werden auf den Fürsorgeämtern, sie sollen nur bitten, denn nach der Meinung dieser Leute hat ein Erwerbsloser nichts mehr zu fordern.

Besonders aufschlußreich ist die Feststellung, daß Ruffert selbst zugab, daß das Elend der schlesischen Textilarbeiter heute genau noch so groß ist als wie 1848. Nur hat er nichts gesagt, daß eben weil dieses Elend so groß ist, die Gewerkschaftsbürokraten sich als die erbärmlichsten Verräter entlarven, wenn sie, wie Leuchtenberger im Langenfelauer Gebiet, die berechtigten Streikämpfe der Textilarbeiter abwürgen.

Aufgabe der Kollegen des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ist es, den reformistischen Schleicher-Freunden dadurch die richtige Antwort zu erteilen, daß sie schon jetzt durch die Schaffung einer starken Oppositionsgruppe im Verband die Gewähr schaffen, daß bei den nächsten Ortsverwaltungsahlen diese Leute um W a r o t h verschwinden, und durch die Wahl von oppositionellen Kollegen in die Ortsverwaltung dafür sorgen, daß es diesen Phrasen nicht mehr gelingt, die Mitglieder mit solchen Wägen zu betreiben.

Bestialische Behandlung von Arbeitertindern Lehrer Mielosch reißt einem Kinde die Haare aus

Breslau. Schon des öfteren mußten wir uns mit den Zuständen wie sie in den Breslauer Schulen vorherrschend sind, beschäftigen. Inwieweit sich die Kindermisshandlung in den Breslauer Volksschulen verbreitet, das geht aus folgendem Vorfalle sehr deutlich hervor:

In der Sammelschule Dfener Straße ist es ein Lehrer Mielosch, in der Klasse 3a, welcher in der bestialischsten Weise gegen die Kinder vorgeht. Am Mittwoch voriger Woche hatte eine Schülerin das Fleckenhaar vergessen, was für diesen Prügelhelden der Anlaß war, derartig auf das Mädchen einzuschlagen, daß es ein Bündel Haare verlor und Blut aus der Nase floss. Wie uns des weiteren mitgeteilt wird, sind diese faschistischen Erziehungsmethoden von Mielosch keine Seltenheit, sondern die Kinder dieser Klasse gehen jeden Morgen schon ungern zur Schule, aus Angst vor neuen Mißhandlungen. Trotzdem dem Elternbeirat diese Zustände bekannt sind, ist bis jetzt noch nichts geschehen, um diese Zustände zu beseitigen. Auch hat der Schulrektor Pietsch es bis jetzt noch nicht für nötig befunden, einzuschreiten.

An den Eltern dieser Schule liegt es, mit aller Entschiedenheit gegen diese Prügelmethode Front zu machen, da die Arbeitereltern es nicht zulassen dürfen, daß ihre Kinder, die sowieso schon der größten Not und dem Elend preisgegeben sind, noch von solchen „Pädagogen“ zum Krüppel geschlagen werden.

Die Schüler dieser Schule müssen dem Beispiel der Schüler an-

der Sammelschule 2 folgen, die sich einen roten Schuhvorposten geschaffen haben.

Gemeinsamer Kampf der Schüler und Arbeitereltern gegen alle faschistischen Maßnahmen an den Schulen sind unbedingt notwendig. Sofortige Beseitigung dieses Prügelhelms müssen die Eltern fordern, und wenn dieser Forderung nicht nachgegeben wird, muß durch Organisierung und Auslösung des Schulkreises dieser Forderung Nachdruck verliehen werden.

Ja

Die besten Breslauer Agitpropgruppen wirken beim roten Kabarett des Ja-Besucherkreises am Freitag, dem 16. Dezember, im Sogla-per Monisthischen Gemeinde mit. Jeder revolutionäre Arbeiter kommt zum roten Kabarett.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Osron, in Breslau. - Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. - Für Inserate: Albert Callam, Breslau. - Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Herren- und Damen-Mäntel von 4 RM. an Leihhaus Trebnitzer Str. 21

Skat-karten 32 Blatt 75 Pl. C. Kretschmer Schmiebedrücke 29b



Genäht hält besser!

Alle unsere „Konsumos“-Kamelhaarschuhe haben die genähten, kräftigen Vachleder-Sohlen. Größe 36-42, reine Wolle mit Kamelhaar 1.95, Wolle mit Baumwolle

1.45

Wir liefern Plakate Briefbogen Rechnungen Programme Einlaßkarten Flugblätter Werke Zeitungen Zeitschriften Massenaufgaben in Flach- und Rotationsdruck preiswert

FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 50
Telephon 464 55

Inserate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Frohes Fest durch ein Geschenk von **TIETZ**
Berliner Schreiß-Bäckerei
in Spezial-Teegebäck sämtliche Kuchen - Sorten
Görlich, Berliner Straße

Die roten Oderschiffer gegen Leipziger-Schleicher-Front für außerparlamentarischen Massentampf

Breslau. Die am Sonnabend tagende Versammlung des Oderschiffers, Ortsgruppe Breslau, beschäftigte sich im ersten Punkte der Tagesordnung mit der politischen Lage und dem Verhalten des ADGB gegenüber der Schleicher-Regierung.

Sehr deutlich zeigte der Referent die Rolle der ADGB-Bürokratie auf. Des weiteren beschäftigte sich der Referent mit dem Wäckerl-Schiffersstreik und dem Verrat der Bürokratie des Gesamtverbandes, die in gemeinsamer Front mit Hilfe des Oberpräsidenten Roske diesen Streik abwürgen. Auch ging der Referent auf den Verrat der Gewerkschaftsführer ein, welcher bei dem Tarifabschluß in den Oderschiffen begangen wurde.

Er zeigte auf, welcher brutale Lohnraub stattgefunden hat, daß der Bodenlohn eines Steuermannes, der 1930 noch 42 Mark betrug, heute auf 16 Mark abgebaut worden ist. Demgegenüber stellte der Referent das Ansteigen der Schifferlöhne in der Sonjuntion.

Nach eingehender Diskussion, in der besonders das Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsführer angeprangert wurde, und wo die Kollegen sich besonders über das Verhalten des Bürokraten Jadmann äußerten, der, als er ihnen am Volkwerk der SDG. seinen Salm erzählen wollte, eine gründliche Abfuhr erhielt.

Die Kollegen forderten die strikte Einhaltung der Befehls- und Weisungsgebote und werden den schlesischen Aufsichtsbekannt machen, wo ihre Arbeit ist. Ebenfalls wurde die Direktion Breslau der SDG. unter die Lupe genommen. (Wir werden zu diesem Fall noch ausführlich in der Presse Stellung nehmen.) Zum Schluß sagte der Referent die in der

Diskussion zutage getretenen Fragen zusammen. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß nur der außerparlamentarische Kampf auf breiter Grundlage den Arbeitern in ihrem Kampf um Lohn und Brot helfen kann. Die Versammlung nahm des weiteren nachfolgendes Protesttelegramm an:

Protesttelegramm
Schifferversammlung Breslau protestiert gegen Sondergerichtsjustiz und fordert sofortige Freilassung des zum Tode verurteilten Antifaschisten Daril.

Die Versammlung beschloß einstimmig, dieses Telegramm an das sächsische Justizministerium abzuschicken, und eine Sammlung für die Abichidung dieses Telegramms wurde unter den Kollegen vorgenommen.

Des weiteren wurden in dieser Versammlung 2,20 Mark für die Note Hilfe gesammelt.

Achtung! Achtung!
Alle im Baugewerbe Streikenden sowie Erwerbslose unserer Organisationen erscheinen zu der am Mittwoch, dem 14. Dezember, 15 Uhr im „Oberstrom“, Uferstraße, stattfindenden **Streikerversammlung**.
Alle Kollegen müssen zu dieser Versammlung erscheinen! Solidaritätsausdruck der Bauarbeiter.

Erfolgreiche Getreidebeschaffung in der Sowjetunion

Starke Senkung der Lebensmittelpreise

Nach dem Moskauer Gebiet und der Tatarischen Republik, die den Jahresplan der Getreidebeschaffung vorzeitig erfüllt haben, nähern sich wichtige Getreidegebiete der Sowjetunion, wie die Mittelwolga und das zentrale Schwarzmeergebiet, sich dem erfolgreichen Abschluss der Getreidebeschaffung. Bedeutend erfolgreicher als im vorigen Jahre ist der Verlauf der Getreidebeschaffung in Westsibirien, im Kaschirien und in einer Reihe anderer Gebiete und Kanons der Sowjetunion. Dies ist ein Ergebnis der systematischen Arbeit der Ortsorganisationen dieser Gebiete und der organisatorisch-wirtschaftlichen Festigung der Kollektivwirtschaften sowie des erfolgreichen Kampfes gegen das Kulakentum.

Eine große Rolle bei der Beschleunigung der Getreidebeschaffung in den obigen Gebieten spielte der Beschluß der Sowjetregierung, wonach dem Moskauer Gebiet und der Tatarischen Republik angesichts des erfolgreichen Abschlusses der Getreidebeschaffung gestattet wird, vor dem gesetzlichen Termin das Getreide auf den freien Marktschiffmarkt zu bringen.

Wie aus Ufa berichtet wird, ist infolge des obigen Beschlusses der Getreidebeschaffungsplan von den Kollektivwirtschaften baldmöglichst bereits übererfüllt worden, und sie stehen gegenwärtig vor der Beschaffung des Saatguts für die Frühjahrssaat. Kasan, die Hauptstadt Tatariens, berichtet, daß der Beschluß des Rates der Volkskommissare über den Getreidehandel der Kollektivwirtschaften in Tatarien einen neuen Aufschwung des Handels der Kollektivwirtschaften bewirkt hat. Auf allen städtischen Märkten ist eine Fehlbildung zu verzeichnen. Die Kollektivwirtschaften und die Einzelbauern führen viel Getreide aus der neuen Ernte zu.

Die Preise für Roggenmehl sind sofort auf die Hälfte gesunken. Mehrere Kollektivwirtschaften haben einen fünfjährigen Milchverkauf auf den Märkten organisiert. Zugleich ist die Zufuhr anderer landwirtschaftlicher Produkte, wie Fleisch, Eier und Butter, erheblich gestiegen, und die Butterpreise sind um 20 Prozent gesunken.

Große Unfriedenskundgebung in London

London, 11. Dezember. In London-Südost fand eine große Kundgebung statt, die unter der Losung des Kampfes gegen die Kriegsbücherei einberufen worden war. In der Kundgebung, an der etwa 3000 Werttätige teilnahmen, sprachen die Genossen Politt, Gallacher und Duncan. Sie enthüllten die Verhältnisse gegen die Sowjetunion und die Vorbereitung des Überfalls auf den ersten Arbeiterstaat. Die begeisterte Masse gelobte, den Kampf gegen die Kriegsschürer und zur Verteidigung der Sowjetunion.

Hände weg von Persien!

Unsere englische Bruderpartei ruft zum Kampf gegen Kriegspläne des englischen Imperialismus

London, 11. Dezember. Die kriegerischen Vorstöße des englischen Imperialismus gegen Persien im Zusammenhang mit der Kündigung des persischen Ölvertrages nehmen immer gefährlichere Formen an. Während die englische Sozialdemokratie (Arbeiterpartei) offen die imperialistische Interventionspropaganda gegen Persien unterstützt, ruft die kommunistische Partei Englands die Arbeitermassen zum entschiedenen Kampf gegen die imperialistischen Raubpläne der englischen Bourgeoisie auf. Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Großbritanniens, der „Daily Worker“, schreibt unter der Überschrift: „Hände weg von Persien“ u. a. folgendes:

„Die Regierung hat ein Ultimatum an Persien geschickt. Britische Kriegsschiffe stehen im Persischen Golf. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Ultimatum die Anwendung bewaffneter Gewalt androht. Es treibt vorwärts zu Kriegsmahnahmen und vergrößert die Gefahr des imperialistischen Krieges.“

Imperialistisches Rüstungskompromiß

Verfallener System bleibt unangefastet — Der Rückzug des deutschen Imperialismus — Gegenläufe der imperialistischen Räuber nicht beseitigt — Verbrüderung des Proletariats aller Nationen gegen Versailles und Kriegsrüstung!

Genf, 12. Dezember. Die Fünfmächtekonferenz ist zu Ende. Die Vertreter der imperialistischen Staaten haben eine Kompromißformel angenommen, die das Versailles System unangefastet läßt und einen glatten Rückzug des deutschen Imperialismus vor den Versailles Mächten bedeutet. In dieser Formel wird gesagt:

1. Die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens erklären, daß einer der Grundzüge der Abrüstungskonferenz darin besteht, Deutschland die Gleichberechtigung im Rahmen eines Systems der Sicherheit zu gewähren. Die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung soll auf der Abrüstungskonferenz erörtert werden.
2. Deutschland nimmt wieder an der Abrüstungskonferenz teil.
3. Die vier Mächte erklären, daß die imperialistischen Streitfragen unter ihnen nicht mit Gewalt gelöst werden sollen; dieser Erklärung soll eine weitere Erörterung der „Sicherheit“ folgen.
4. In diesem Punkt wird die geradezu erschütternde Mitteilung gemacht, daß die Abrüstungskonferenz eine Herabsetzung der Rüstungen zum Ziele hat.

Dieses imperialistische Kompromiß der Genfer Rüstungskonferenz verbirgt nur schlecht die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten, die durch dieses Kompromiß weder beseitigt noch abgeschwächt sind. Man versucht, den offenen Zusammenprall dieser Gegensätze vorläufig zu vertagen, die Abrüstungskomödie noch für einige Zeit zu retten.

Am auffallendsten ist der vollständige Rückzug, den der deutsche Imperialismus angetreten hat. Von den Forderungen des deutschen Imperialismus in dem Rüstungsmemorandum der deutschen Imperialisten in die Abrüstungskonferenz zurück. Wo geblieben. Auf den Anien vor den Versailles Mächten kehrt der deutsche Imperialismus in die Abrüstungskonferenz zurück. Wo sind die Folgen der Erklärungen geblieben, daß Deutschland nicht eher nach Genf zurückgehen werde, bevor nicht von allen am Versailles Vertrag beteiligten Mächten erklärt wird, daß als Voraussetzung der künftigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht nur die theoretische, sondern die praktische Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage anerkannt wird? Der französische Imperialismus hat das Versailles System, dieses Fundament seiner Vormachtstellung, erfolgreich verteidigt. Nur im Rahmen dieses Versailles Systems, d. h. unter Führung des französischen Imperialismus, sollen der deutschen Bourgeoisie in ferner

Zukunft einige Konzessionen in der Rüstungsfrage zugestanden werden.

Die Abmachung der imperialistischen Mächte in Genf hat die Versailles Fesseln nicht gelockert, sondern führt zur noch stärkeren Auslieferung des deutschen werttätigen Volkes an die Versailles Mächte, erhöht die würgende Umklammerung des deutschen Raubvertrages, die Gefahr der Eingliederung des deutschen Imperialismus in ein antisowjetisches Kriegsblindensystem unter Führung Frankreichs und Englands. Das Genfer Abkommen wird niemals zur Abrüstung führen, die unvereinbar ist mit der Existenz des Imperialismus überhaupt, sondern wird eine Welle des Betrübens einleiten, die zum neuen imperialistischen Kriege führt. Dem Abkommen entgegen das Bündnis der deutschen, französischen, italienischen und amerikanischen Arbeiter zum Kampf für die Vernichtung aller imperialistischen Raubverträge, gegen die Kriegsrüstungen, für die Verbrüderung des Proletariats aller Nationen.

Zuspühung Jugoslawien-Italien

Tagung der Mächte der Kleinen Entente

Belgrad, 12. Dezember. Vom 14. bis 16. Dezember wird in Belgrad eine außerordentliche Konferenz der sogenannten kleinen Entente zusammentreten. Diese Tagung der französischen, jugoslawischen, rumänischen und griechischen Staaten — es handelt sich um die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien — will sich in erster Linie mit der Zuspühung der Gegensätze zwischen Italien und Jugoslawien und Rumänien und Ungarn beschäftigen, ferner mit den Plänen des italienischen Imperialismus, einen Block der Donaufstaaten unter seiner Führung als Gegengewicht gegen den französischen Imperialismus zu schaffen.

Die Einberufung dieser Tagung unterstreicht nur die gefährliche Zuspühung, die die Gegensätze zwischen Italien und Jugoslawien in den letzten Wochen erfahren haben. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht auf beiden Seiten der Grenze nationalistische Kundgebungen veranstaltet werden, und die jugoslawische Presse behauptet sogar, daß die Italiener in Triest ein Bataillon slowenischer Aufständischer organisiert habe, das dazu bestimmt sei, im Frühjahr nächsten Jahres in Südslawien einzumarschieren. So ist die ganze Welt voll von Zündstoffen, deren Entzündung zum neuen imperialistischen Weltbrand führen muß, wenn das Proletariat durch seinen Kampf nicht diese Katastrophe verhindert.

USA. lehnen die Bedingungen der Schuldnermächte ab

London, 12. Dezember. In London-Südost fand eine große in den letzten 24 Stunden eine erneute Verschärfung der imperialistischen Gegensätze eingetreten. Die englische Regierung hat eine Note an die Vereinigten Staaten geschickt, in der erklärt wird, daß die Zahlung der Kriegsschulden am 15. Dezember an die Bedingung geknüpft wird, daß die Dezemberrate nicht als eine Wiederaufnahme der Jahreszahlungen gemäß den bestehenden Abmachungen betrachtet werden soll, sondern daß sich die Vereinigten Staaten jetzt schon mit einer Revision dieser Abmachungen einverstanden erklären. Die gleichen Bedingungen will auch die französische Regierung an die Dezemberzahlung knüpfen.

Die amerikanische Regierung hat sofort darauf geantwortet, indem sie die Bedingungen der Schuldnerstaaten ablehnt. Der amerikanische Außenminister Stimson hat wissen lassen, daß die amerikanische Regierung die Annahme der Zahlungen unter den von den Schuldnermächten festgelegten Bedingungen verweigert. Die amerikanische Regierung besteht auf Einhaltung der alten Schuldenabkommen.

A. Schapowalow
ILLEGAL
Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

61. Fortsetzung

Der Waschtschenkow-Platz

Der Waschtschenkow-Platz war ganz rot von den vielen roten Fahnen. Über den, in aller Eile aus alten Brettern, Säulen und ähnlichem Material zusammengemauerten Tribünen. Die bolschewistischen Redner riefen zum Boykott der Duma auf, zum bewaffneten Widerstand, zur Niederwerfung des Zarismus. Die Massen summten wie ein Bienenschwarm. Auf den in den Platz mündenden Straßen sah ich einige Luxuswagen. Elegant gekleidete Damen betrachteten, in den Wagen sitzend, das für sie seltene interessante Bild.

Ich bemerkte in der Masse, noch bevor ich den Mittelpunkt des Platzes erreichte, eine wachsende Unruhe. Rufe ertönten: „In die Stadt, Genossen! In die Stadt! Zeigen wir ihnen, wie stark wir sind!“

Die Masse legte sich, wie ein einheitliches, von demselben Gedanken durchdrungenes Ganzes, in Bewegung. An die Spitze gelangt, mitgerissen durch die Stimmung, bewegte ich mich der Stadt zu. Ich sah mich um und erblickte eine Staubwolke. Eine Anzahl von rasch laufenden Menschen wirbelte diese Staubwolke auf, die unter den Strahlen der untergehenden Sonne golden glänzte.

„Soldaten, Soldaten!“ schrie plötzlich jemand in den ersten Reihen.

Schreie, Rufe, Brüllen, in denen jahrhundertlang aufgespeicherter Haß, Nachdruck, Kampfwillie zu hören war, ertönten von allen Seiten. Das Gefühl des neben mir laufenden Schmiedes war wutverzerrt. Er stürzte zu einem Zaun und rief einen schweren Hohlkegel heraus. Viele folgten seinem Beispiel und bewaffneten sich mit Brettern, Steinen, Stöcken. Der mächtige Schrei

der Massen, der Ruf, den Kampf aufzunehmen, wurde augenblicklich von den Soldaten gehört und verstanden. Entsetzt packte sie. Sie rissen die Pferde an den Zügeln und machten kehrt. Während wir zusammen mit dem Schmied Hohlkegel aus dem Zaun rissen, stürmte die revolutionäre Masse in die Zekaterinosslawskaja und auf den Nikolajewskij-Platz. Sie drang in das Waffengeschäft von Tarnopolsskij ein. In einigen Augenblicken waren die Waffen verteilt. Die Soldaten waren inzwischen bis zum Universitätsbühl geloppelt, holten sich Verstärkung, rasten zurück und eröffneten ein wildes Feuer längs der ganzen Zekaterinosslawskaja. Die Salven trachten. Die Masse stürzte in wilder Panik. Anzwischen war es Abend geworden. In der Finsternis verlor die Masse vollständig die Besinnung. Viele Schwerver- und Leichtverwundete waren Opfer dieses Zusammenstoßes. Auf der Zekaterinosslawskaja lagen, als Rest der in aller Eile aufgebauten Barrikaden, umgeworfene Waggons der Pferdebahn, hinter deren Schutz unsere Genossen, die Waffen in die Hand bekommen hatten, versuchten, die Angreifer zu beschließen.

„Auf die Barrikaden“

Am nächsten Tag, am 11. Oktober, bot der Platz vor der Lokomotivfabrik denselben Anblick wie gestern der Waschtschenkow-Platz. Die weiße Wiese vor der Fabrik wimmelte von Menschen. Noch mehr rote Fahnen als gestern wehten über der Wiese. Die Redner hatten schon vom frühen Morgen an die Losung gegeben: „Niederwerfung der Selbstherrschafft!“ Die revolutionäre Stimmung, die Erregung der Massen wuchs von Stunde zu Stunde. In den Mittagstunden verbreitete sich das Gerücht, daß in der Stadt, in der Nähe des Universitätsbühgels, Barrikaden gebaut werden.

„In die Stadt, Genossen!“ ertönten laute Rufe. „auf die Barrikaden!“

Ich geriet mitten in die Masse und re rief mich mit sich. „Raum! Raum!“ erlang plötzlich eine mir bekannte Stimme. Das war Tanjuscha, der ich in Odessa begegnet und die in Charkow unter dem Namen Liza Poljschaja bekannt war.

Liza Poljschaja arbeitete als Propagandistin in Charkow. Wir gingen zusammen weiter. Unterwegs schlossen sich uns Arbeiterinnen aus der Seilfabrik an, die sich in der Umgebung Charkows befand.

„Was ist los?“ mündeten sie sich an Liza. „Wohin gehen denn alle?“

Liza Poljschaja ließ mich allein weitergehen und begann sie aufzuklären.

Gleichzeitig bewegte sich vom Börsenplatz eine Demonstration der Schwarzen Hundertschaft, die es versuchte, der Masse den Weg zu den Barrikaden zu verperren. Sie wurde aber sehr bald von den Kampfstaffeln auseinander getrieben. Ihr Führer, der Kaufmann Leontjew, der die Fahne der Schwarzen Hundertschaft trug, wurde getötet.

Auf dem Pawlowkij-Platz vereinigten sich die Arbeiter mit den Studenten, die schon in aller Frühe mit dem Bau der Barrikaden begonnen hatten. Ein Teil der Arbeiter half beim Bauen der andere drang in die Waffengeschäfte „Sport“ auf dem Nikolajewskij-Platz und „Jagd“ auf der Moskowskaja ein.

Als ich mich mit Liza Poljschaja zusammen der Universität näherte, sah ich unter den Studenten wirkliche Arbeiter, die Telegraphenmasten umstürzten, das Pflaster aufrißen, Gräben gruben und Barrikaden bauten.

Sowohl auf dem Pawlowkij-Platz, wie auch auf der Universitätsstraße waren die Bürgersteige und Fahrdämme mit Papieren besät, das waren Polizei- und Gerichtsakten aus dem Archiv der Gouvernementsregierung.

Es fiel mir auf, daß die Mehrheit der Arbeiter, die von der Versammlung hergekommen waren, keine Ahnung hatte, was eigentlich vorgehe. Sie kamen an die Barrikaden heran und stellten an die Männer, die die Schützengräben gruben und Erdwälle aufwarfen, immer wieder dieselbe Frage:

„Was macht ihr? Wozu grabt ihr diese Löcher? ...“

„Wir bauen Barrikaden, Genossen. Wir bereiten uns zum Kampf vor.“

Alles sprach dafür, daß die Bewegung spontan wuchs. In den Versammlungen wurde täglich über die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gesprochen, über die Notwendigkeit, sich endlich zu erheben, über die Barrikaden, auf denen die Arbeiter der Pariser Vororte während der großen französischen Revolution gekämpft hatten. Die Losung des „bewaffneten Aufstandes“, die von Lenin, im Namen unserer Partei in die Massen geworfen, die täglich in Meetings, Massenversammlungen, in Zirkeln wiederholt wurde, der man in allen Flugblättern, in allen Artikeln der illegalen Zeitungen begegnete, war das, was man psychologische Vorbereitung nennt.

(Fortsetzung folgt.)

Güter- und Personenverkehr stark zurückgegangen

Ein deutlicher Ausdruck der Krise der kapitalistischen Wirtschaft in Schlesien, ist der Rückgang im niederschlesischen Eisenbahnverkehr. Im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau, der den überwiegenden Teil der Provinz Niederschlesien umfaßt, ist in den Monaten Januar bis September 1932 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit ein starker Rückgang zu verzeichnen. Der Rückgang beträgt bei der Gütermengenstellung 14,1 Prozent, bei den Gütertonnenkilometern 17,5 Prozent und bei den Zugkilometern der Güterzüge 11,2 Prozent, bei den Zugkilometern der Reisezüge 1,1 Prozent. Die Zahl der verkauften Fahrkarten ist um 22,2 Prozent gesunken.

Die letztere Tatsache zeigt im besonderen, daß es sich heute fast kein Werkstätiger mehr erlauben kann, die Eisenbahn als Verkehrsmittel zu benutzen. Der Rückgang im Güterverkehr ist ein Ausdruck für die Tatsache, daß die geförderten Kohlen in Waldenburg auf den Halben zu großen Bergen gelagert werden, statt sie den frierenden Werkstätigen in Schlesien zugänglich zu machen, daß die Kartoffel-ernten auf den Feldern der Großgrundbesitzer in den Mieten lagern, daß die Getreidespeicher überfüllt sind, statt all die im Ueberfluß vorhandenen Nahrungsmittel den Hungernden in Stadt und Land zuzuführen.

In Sowjetrußland, wo die Arbeiterklasse für den sozialistischen Aufbau heroische Taten vollbringt, wurden in den letzten

Jahren zahlreiche neue Eisenbahnlinien gebaut. Wir erinnern hier nur an die große Turksibahn, die Sibirien mit dem asiatischen Rußland verbindet. In der Sowjetunion entstehen die neuen Eisenbahnlinien, um möglichst rasch alle Produkte des Landes, sei es an Kohlen, Getreide, Baumwolle oder anderen Erzeugnissen dorthin zu bringen, wo sie von den Arbeitern und Bauern zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse gebraucht werden. In der Arbeiter- und Bauernrepublik Sowjetrußland werden die Erzeugnisse nicht in großen Lagern aufgespeichert, um sie verkaufen zu lassen. Dort fließen alle Erzeugnisse den Arbeitern und Bauern zu.

Im kapitalistischen Deutschland dagegen läßt man die Kohlen auf den Halben sich selbst entzünden, die Kartoffeln und das Getreide von den Mäusen fressen und verkaufen, obwohl Millionen Menschen hungern und frieren.

Wir Kommunisten rufen alle Arbeiter und Bauern zum Kampf gegen diese durch den Profitgier der Besitzenden bedingte, widerwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung. Vereint euch in Stadt und Land zum Kampf gegen Hunger und Frost, für die Erhaltung eurer Lebensexistenz! Will die Arbeiterklasse und das Bauerntum leben, so muß der bankrotte Kapitalismus der sozialistischen Wirtschaft, der Arbeiter- und Bauernrepublik Platz machen!

Schlesische Ziegeleiarbeiter werden erwerbslos

Stilllegung des Werk Tschirne der Dachziegelwerke AG. Sturm — Auch Einschränkungen in Freimaldbau — Ziegeleiarbeiter, vereint euch zum Kampf um eure Lebensexistenz!

Freimaldbau. Trotzdem die Dachziegelwerke AG. Sturm in diesem Geschäftsjahr mit einem Gewinn (hohen Profit) hatten abschließen können, wurde jetzt das Werk Tschirne, im Kreis Wunzlau, stillgelegt. Durch die Stilllegung werden 80 Ziegeleiarbeiter in das Heer der Erwerbslosen eingereiht. Auch in dem Freimaldbauer Hauptwerk werden Betriebsbeschränkungen vorgenommen. Andere Ziegeleiunternehmungen, die es in Schlesien besonders zahlreich gibt, planen ebenfalls Stilllegungen.

Gestern brachten wir die Meldung des „Schlesischen Wirtschaftsdienst“ über ein erneutes, starkes Anwachsen der Erwerbslosenzahlen in Schlesien. Die Stilllegung des Ziegeleiwertes in Tschirne zeigt, daß die Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen weiter an Umfang zunehmen. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft nimmt ganz besonders in Schlesien immer mehr an Umfang zu. Auch Schleier wird diesen Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft selbst mit Unterstützung der Nazi und Gewerkschaftsbürokratie durch eine noch härtere Verelendung der wertaktiven Massen nicht aufhalten können. Daran wird er genau so wie Papen an dem Widerstand der Arbeiterklasse scheitern.

Die Ziegeleiarbeiter, die mit ihren Familien in Schlesien von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffen werden, müssen sich zum gemeinsamen Kampf gegen neue Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen, gegen die Hungerlöhne der im Betrieb stehenden Kollegen, für eine wirkliche Winterhilfe durch Öffnung der überfüllten Lebensmittelspeicher, Kartoffelmieten und Kohlenhalben für die erwerbslosen Kollegen, deren Frauen und Kinder vereinigen!

Reichswehr und Schupo für — „Winterhilfe“

Görlitz. Auch in Görlitz wurde die Arbeiterschaft Zeuge eines großangelegten Bettels, genannt „Winterhilfe“. Unsere „Liebe Reichswehr“ hatte die Handgranaten zu Hause gelassen und durfte dafür ins Horn tuten und tüchtig den Bettelack schwingen und den sogenannten Herrschaften mitunter kostenlos die Kumpfkammer ausräumen. Auch unsere lieben Grünen hatten ihren Knüttel verdeckt und samtweiche Mittelstücken ins Antlitz gelegt, und der Ueberfallwagen neuester Konstruktion, von dem sie oft heruntergesprungen waren und im Schweiß ihres Angesichts auf die hungernden Erwerbslosen eingeschlagen haben, wurde nunmehr in den „Dienst“ der Armeen der Armen gestellt, denen man angeblich eine Weihnachtsfreude machen will.

Wir Arbeitslosen wollen keine Almosen, die man sonst in den Schutt oder Ofen gestedt hätte. Wir verzichten auf diese elende Bettelei, denn dieselben Kreise, die uns das Lebensrecht bestreiten, die uns ferner den Brotkorb immer höher hängen, heucheln jetzt Mitleid, um die Erwerbslosen einzulullen. Wir Erwerbslosen wissen, daß nur durch geschlossenen Kampf unsere Lage verbessert werden kann. Wir wissen auch, daß dadurch einmal der Tag kommt, wo die Schwere der Erde hat und mit unter der roten Fahne für den Sozialismus marschieren werden.

Licht in den Straßen von Liegnitz . . .

Finstere Wohnhöhlen für die Erwerbslosen!

Liegnitz. „Si-Si-So!“ Der Epischer nennt es „Liegnitzer Lichtwoche“, wir überlegen es mir? Lieber Lichte Wohnungen! Dieser Artikel soll dazu beitragen, daß dem (Licht) lieben Liegnitzer Wohlfahrtserwerbslosen, dem Arbeiter und Angestellten, dem Kleingewerbetreibenden und unteren Beamten, überhaupt allen Werkstätigen ein Licht aufgehen soll. Wir wollen nicht, wie der „Verkehrsverein“, die Licht-, sondern die Schattenzeiten zeigen. Dieser Verein müßte Verkehrsverein heißen, denn eine Belebung der Wirtschaft durch Licht herbeizuführen, ist verkehrt. Licht zieht Motten an, aber die Werkstätigen sind keine solche. Der Versuch, hier die Wirtschaft anzukurbeln, muß genau so mißglücken, wie Papens Kurbel. Wichtig beleuchtet sich die Sache so aus, daß wohl Waren- hunger vorhanden ist, aber die Kaufkraft mit einer Lichtwoche nicht gehoben wird.

Arbeit und Lohn muß geschaffen werden. Dies aber ist im profitierigen kapitalistischen System nicht möglich, sondern erst in einem von uns erkämpften Sowjetdeutschland. Durch die Lichtwoche ist Liegnitz zu einer Seestadt geworden, denn man konnte viel „Schleute“ beobachten, die wohl gern alle die schön aufgekapselten Waren kaufen möchten, deren Geldbeutel aber genau so leer ist, wie ihr Magen. Während man die Verbaumungsanstalten (Kreuzen) mit Licht überhäufte, wird den Bewohnern der Egmitten-Paraden ab 22 Uhr das Licht gesperrt. Die Erwerbslosen und deren Kinder werden wohl den ganzen Winter eine Lichtwoche

machen müssen, da sie infolge der zerrissenen Schuhe dauernd ein Licht an der Nase haben werden.

Was soll den Armen eine groß aufgezogene Lichtwoche auf der Straße, wenn sie in finsternen Wohnhöhlen ein Hungerdasein führen müssen?

Sollen sie, denen man einen Lichtzug zeigte, ein der dabei mitgeführten Planos laufen oder die „Rote Mühle“ besuchen? Das Treiben gerade in diesen Schlemmerlokalen zu beleuchten, wäre wirkungsvoller als die Beleuchtung des „Gabeljürgens“. Bleiben von diesem Kummel wird für die Bevölkerung, vor allem aber für die Kleingewerbetreibenden, eine Katastrophe. Nicht gemeint mit „Bevölkerung“ sind die Aktionäre des GWR, Herr Krumbhaar vom „Tageblatt“, Dr. Nikolaus und einige andere. Der Prolet aber wird erkennen, daß es seiner unwürdig ist, länger im Dunkeln zu leben und in den Mond zu gucken. Er wird auf das Licht schauen, das im Osten aufgegangen ist, dessen Symbol ein fünfzackiger Stern mit Hammer und Sichel ist. In der Einheitsfront aller Ausgebeuteten werden wir sagen: „Brüder zum Licht empor!“ Doch nicht beim Gejang soll es bleiben, die Tat muß folgen. „Auf und verjagt die Tyrannen . . .!“

Mikrowirtschaft im Konsumverein Ströbel

Ströbel. Wie des öfteren, so konnte man erst wieder vor kurzem in der „Schweidnitzer Volkszeitung“ lesen, daß die SPD. und die Gewerkschaften allein die Interessen der Werkstätigen — „vertreten“, „hinein in die Gewerkschaften“ — so wird geschrieben — und die Arbeiter erhalten wieder tarifliche Löhne. Fast täglich wird gegen die Kommunisten gehetzt. Der betreffende Schmierfint ist der Arbeiterschaft von Ströbel bekannt. Die Zustände im Konsumverein Ströbel sind dem hiesigen Berichterstatter der „Schweidnitzer Volkszeitung“ ebenfalls bekannt. Aber da die gesamte Verwaltung nur aus SPD'isten besteht, wird kein einziges Wort gegen diese Zustände geschrieben. Wäre hier eine kommunistische Leitung vorhanden, so könnte man ellenlange Artikel in der „Schweidnitzer Volkszeitung“ finden.

Lassen wir die Tatsachen sprechen: In der Jahresabschluss-Generalversammlung mußten die Projekte, welche für das kommende Geschäftsjahr gezahlt werden sollen, beschloffen werden. Für dieses Geschäftsjahr wurde beschlossen, 4 Prozent Rückvergütung an die Mitglieder zur Auszahlung zu bringen. In der vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung wurde nur die gesamte Summe genannt, welche zur Auszahlung gelangt. Die Mitglieder waren nun der Meinung, daß wieder 4 Prozent an Rückvergütung zur Verteilung kommen. Bei der Auszahlung am Montag und Dienstag dieser Woche wurden aber die Mitglieder schwer enttäuscht. Es wurden nur 3 Proz. an Rückvergütung zur Auszahlung gebracht. In den Fällen, wo die Anteile noch nicht voll eingezahlt sind, wurde ein erheblicher Teil hierfür in Abzug gebracht. In den Fällen, wo ein paar Pfennige Schulden vorhanden waren, wurden diese in Abzug gebracht, jedoch in diesen Fällen die Mitglieder nichts erhielten.

So mancher armen Proletarierfrau, welche glaubte, ihren Kindern eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu können, ließen die Tränen über die Wangen.

Eine große Erbitterung herrschte unter diesen Frauen. Der Geschäftsführer Kubid, sowie der gesamte Vorstand waren zu feige, die Verteilung selbst vorzunehmen. Die Verteilung wurde der Lagerhalterin überlassen. Ein großer Teil der Frauen verlangte, daß der Geschäftsführer Kubid erscheinen soll. Kubid erklärte den Frauen, welche in das Gemeindebüro kamen, mit scharfen Worten, daß sie doch wissen, daß hier das Gemeindebüro ist. Wenn sie sich beschweren wollen über die Auszahlung der Rückvergütung, so sollen sie es im Konsum tun. Kubid, welcher die Not nicht spürt, hat keine Ahnung, wie die jahrelangen Erwerbslosen hungern müssen. Der Lagerhalterin ist ebenfalls ohne jeden Grund gekündigt worden. Zariflohn wird nicht gezahlt. Von dem Geschäftsführer Kubid ist diese bereits vor längerer Zeit gezwungen worden, durch Unterschrift sich zu verpflichten, weit unter Tarif zu arbeiten. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. Kubid, welcher sich in den Verteilungsstellen den ganzen Monat nicht sehen läßt, und sich sonst auch um die Genossenschaft sehr wenig kümmert, erhält jetzt 25 Mark pro Woche. Noch nicht einen Pfennig von seiner Entschädigung hat Kubid abgetreten. Wir fragen Herrn Kubid, wo bei ihm da Genossenschaftsinteresse ist, denn Herr Kubid wirft den Mitgliedern vor, daß sie kein Genossenschaftsinteresse besitzen.

Konsumgenossenschaftsmitglieder von Ströbel und Umgebung, durch Sammlung von Unterschriften hat Gen. Steiner die Verwaltung gezwungen, eine außerordentliche Generalver-

Schüler-, Mieter- und Steuerstreit

Der U.-Professekt meldet aus Rottenebach, Kreis Landeshut: In Rottenebach wurden Flugblätter verteilt, in denen zum Ziel- und Schulstreit, der Verweigerung der Steuerzahlungen in der Gemeinde und Nichtabführung der Hauszinssteuer aufgefordert wird. Auf die Aufforderung zum Schulstreit sind 15 Kinder nicht zum Schulunterricht erschienen.

Die Erwerbslosen wollen nichts als Schutz vor Hunger und Frost. Weil ihnen dieser Schutz von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwehrt wird, kämpfen sie mit den von der „U.“ wiedergegebenen Mitteln darum!

Neuwahl der Kartelldelegierten des UGB-Ortsauschuss Waldenburg

Waldenburg. Der Ortsauschuss des UGB für Waldenburg und Umgebung fordert alle ihm angeschlossenen Gewerkschaften auf, in den Zahlstellenverwaltungen die Wahlen der Kartelldelegierten vorzunehmen. Gewerkschaftszahlstellen bis zu 100 Mitglieder erhalten einen Delegierten, auf Zahlstellen bis zu 500 Mitglieder entfallen zwei, auf solche bis 1000 Mitglieder drei und für jedes angefangene weitere 1000 ein Delegierter mehr. Die Wahl gilt für ein Jahr. Für jeden Delegierten ist zugleich ein Vertreter zu benennen. Die Wahlergebnisse müssen bis 20. Januar 1933 dem Ortsauschuss des UGB gemeldet sein.

Die oppositionellen Kollegen müssen sofort innerhalb ihrer Gewerkschaften in einer Oppositionsversammlung zu diesen Wahlen Stellung nehmen und einen eigenen Vorschlag mit den besten revolutionären Gewerkschaftlern einreichen. Kollegen, sorgt in jeder Gewerkschaft dafür, daß als Kartelldelegierter nur solche Kollegen gewählt werden, welche die Hindenburg- und Streikbrückepolitik der Gewerkschaftsbürokratie nicht mitmachen.

Pastor Fuchs am Sprengstoff-Diebstahl in Kynau beteiligt!

Der Arbeiterschaft ist der Nazi-Pastor Fuchs aus Dittmannsdors schon längst kein Unbekannter mehr. Die Justizprokessstelle teilt jetzt mit, daß gegen denselben, sowie gegen den Gastwirt der Kynauer Schloßbrauerei wegen bringendem Verdacht der Beihilfe am Sprengstoffdiebstahl in Kynau Haftbefehl erlassen worden ist. Das evangelische Konsistorium hat daraufhin den SA-Standarten-Pastor vorläufig seines Amtes entbunden. Die zahlreich erfolgten Verhaftungen führender SA-Leute und NSDAP-Mitglieder wegen dem Sprengstoffdiebstahl in Kynau, lassen erkennen, daß von der SA-Führerschaft noch weitere Sprengstoffattentate, ähnlich den im August erfolgten, geplant waren und sind.

Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein. Es gilt das Leben, die Organisationen und alle Einrichtungen der Arbeiter gegen den faschistischen Terror durch die antisozialistische Einheitsaktion zu verteidigen. Arbeiter, Jugendliche, reißt euch in Stadt und Land ein in den Roten Massenstreik!

Sammlung sofort einzuberufen. In dieser Versammlung wird Gen. Steiner im Auftrag der Mitglieder die Verwaltung über eine derartige Geschäftsführung zur Verantwortung ziehen. Die Verwaltung wird sich darüber zu verantworten haben.

- 1. Warum hat man die Verteilungsstelle Quastau nicht eingehen lassen, obwohl feststand, daß diese Zuschüsse erfordert.
- 2. Warum hat man in der letzten Generalversammlung erklärt, daß die Genossenschaft aus da stehe, während es in Wirklichkeit nicht der Fall ist.
- 3. Warum ist der Lagerhalterin Keimann ohne Angabe eines Grundes gekündigt worden?

Genossenschaftsreue von Ströbel und Umgebung, laßt euch nicht abbringen, wenn man jetzt versuchen wird, euch von dieser Versammlung fernzuhalten. Erscheint restlos in dieser Versammlung und fordert Rechenschaft der Geschäftsleitung.

Faschistische Methoden im Konsumverein Königszelt

Königszelt. Bekanntlich war es bisher immer so, daß die Vertreter von den Mitgliedern gewählt wurden. Wie geht das zu, daß jetzt auf einmal neue Vertreter da sind, ohne daß die Mitglieder etwas von einer Wahl gemerkt haben? Soll man etwa annehmen, daß gewisse Organisationen besondere Zurechnungen erhalten? Oder befürchtet die Geschäftsleitung, daß bei einer Wahl eventuell ein Kommunist gewählt worden und man dann nicht so ganz unter sich gewesen wäre? Wir glauben, daß mit solchen Methoden das Vertrauen zur Konsumgenossenschaft nicht gefördert, sondern daß ein großer Teil Verbraucher geradezu vor den Kopf geschlagen wird.

Die SPD. — „staatsfeindlich“!

Königszelt. „Die SPD. ist eine staatsfeindliche Organisation, ich laun und darf dieser keinen Raum zur Verfügung stellen.“ erklärte Herr Feige (Gemeindevorsteher), auf einen SPD-Antrag im Gemeindeparlament, der verlangte, daß den Roten Zungenplacieren ebenfalls wie anderen Organisationen ein Raum zum Aufhalten ihrer Unterhaltungsabende zur Verfügung gestellt wird. Der SPD. und ihren Organisationen stehen nicht nur die Turnhalle, Schule und der Gemeindefestsaal zur Verfügung, sondern jetzt auch noch die stillgelegte Volkshäuser. Wir erlauben uns dabei die Frage an den Gemeindevorstand zu richten, wer bezahlt die von der Gemeinde entnommenen Kosten zur Heizung der Räume und Küche? Der kapitalistische Staat zeigt sich seinen ihm freundlich gesinnten Parteien und seinen Nechten gegenüber immer noch nobel. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Königszelt wird sich das Recht auf geeignete Lokalitäten für ihre Veranstaltungen zu erkämpfen wissen!

Vor kurzer Zeit machte der Berichterstatter der sogenannten „Volkshäuser“ auf das Verbot der SPD. aufmerksam, daß im Ort Königszelt gebaut werden. Jetzt nach kurzer Zeit, da die Wege fertig sind, stellt sich heraus, daß die tausend Emmchen nutzlos verpulvert sind, denn bei dieser Jahreszeit baut man doch unangenehm Teerstraßen. Es wäre wirklich besser gewesen, das Geld den Erwerbslosen zu geben. So sieht die „positive“ Arbeit der SPD. aus.

